

# VORAN

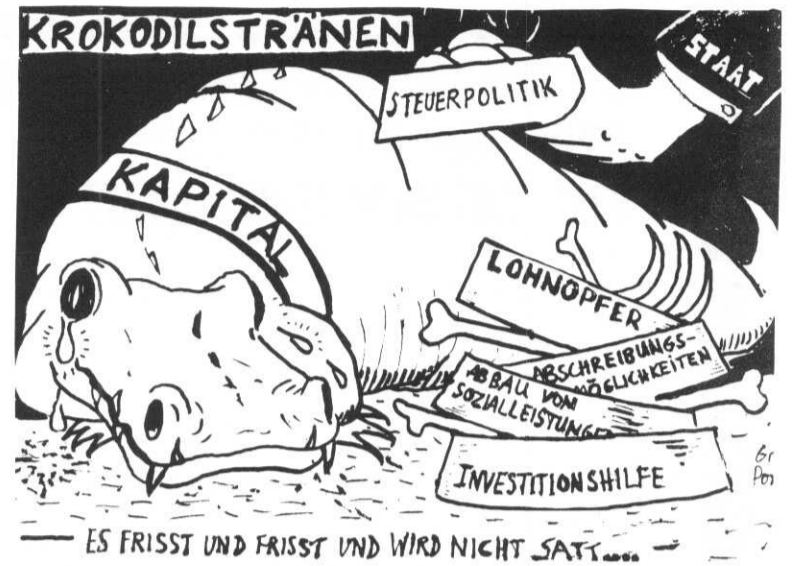
Marxistische Zeitung für SPD, Juso und Gewerkschaft

NR. 37

MÄRZ-APRIL 79

60 Pfg. SOLIDARITÄTSPREIS 1 DM

## SCHLUSS MIT LOHNOPFERN!



Schluß mit Lohnopfern! Zu dieser Schlußfolgerung kommen immer mehr Kollegen in allen Betrieben. Denn fast jeder hat es am eigenen Geldbeutel gemerkt, wie sein Reallohn in den letzten Jahren ständig gesunken ist. Fast alle haben vor ein paar Jahren noch den Appellen unserer Gewerkschaftsführer, der Regierung, der Unternehmer, der "Experten", der "Sachverständigen", den "Fünf Weisen" und der Pressepropaganda mehr oder weniger geglaubt: "Die Volkswirtschaft kann in der Krise hohe Lohnabschlüsse nicht verkraften! Man darf den Aufschwung, der sich abzeichnet, nicht gefährden! Wir alle müssen den Gürtel enger schnallen, bis es mit der Wirtschaft wieder aufwärts geht!"

In der Zwischenzeit haben wir die Erfahrung gemacht: der Aufschwung ist nicht gekommen, die Krise dauert an, unser Geld wird knapper, die Unternehmer streichen dicke Subventionen ein, um damit Arbeitsplätze zu vernichten!! Unser Lebensstandard wird tagtäglich durch die Inflation angefrisst.

Seit Jahren werden uns Inflations-

raten von 3%, 4% manchmal 5% präsentiert. Das sind Durchschnittszahlen die nur zur Verschleierung der wahren Verhältnisse dienen. Wenn man Einzelbereiche untersucht, kommen andere Zahlen heraus: 1970 - 1977 sind die Preise für Fleisch und Wurst um 40%, für Brot und Teigwaren sogar um 150% gestiegen! Die simple Masche der Statistiker, die Preissteigerungen sämtlicher Produkte und Leistungen zugrunde zu legen, liefert zwar passable Durchschnittswerte. Doch was nützt es einem normalen Arbeitnehmerhaushalt, wenn z. B. Preise im Maschinenbau stabil bleiben, und wenn sie für technisches und elektronisches Gerät vielleicht sogar gesunken sind? Einen Taschenrechner schafft man sich nicht jeden Monat neu an, aber Ausgaben für Wurst, Brot und Fleisch belasten die Haushaltskassen täglich und spürbar! Und was ist mit Kleidung, Mieten und Versicherungen?

Aber nicht nur Inflation ließ den Lebensstandard der Arbeiterklasse insgesamt sinken. Wie viele Kollegen wurden denn in ihren Betrieben in ihrer Lohngruppe abgruppiert? Wie viele Arbeitslose mußten zu drastischen Sparmaßnahmen greifen?

Wie viele Arbeitslose erhalten nach ihrer Arbeitslosigkeit nur eine erheblich schlechter bezahlte Stelle?

Die Politik des Lohnverzichts ist nicht in unserem Interesse. Wir müssen uns in der Zukunft dagegen zur Wehr setzen!

Das heißt in erster Linie, daß wir alle in unseren Gewerkschaften im Vorfeld der Tarifrunden in Zukunft bei der Aufstellung der Forderungen Einfluß nehmen müssen. Gehen wir von den wirtschaftlichen Daten aus, dann ergibt sich folgendes:

Inflationsrate für 1979.....3,5%  
 Mehrwertsteuererhöhung.....1,0%  
 Ausgleich Steuerprogression...1,0%  
 Erhöhung der Kranken- und Sozialversicherungen....1,0%

Insgesamt brauchen wir also 6,5% nur um den Lebensstandard zu halten! Der diesjährige Metallabschluß brachte uns auf's Jahr gerechnet nicht mehr als 3,2%. Ähnlich haben wir in den vergangenen Jahren verloren. Dies müssen wir in Zukunft wieder zurückerobern. Außerdem war es schon immer (auf dem Papier) ein altes gewerkschaftliches Ziel, die Arbeitnehmer

am Produktivitätszuwachs teilhaben zu lassen. Wie wäre es, wenn wir dieses Ziel endlich mal aufgreifen würden? Der Produktivitätszuwachs in der Metallverarbeitung betrug im letzten Jahr 2,9%. Also 6,5% + 2,9% = 9,4% müßten wir also durchsetzen, nur um den Reallohn zu halten, und um am Produktivitätszuwachs zu einem gleichen Teil wie die Unternehmer teilhaben zu können!

Ein weiteres Problem: prozentuale Lohnerhöhungen ließen die Schere zwischen den verschiedenen Einkommensstufen der Arbeitnehmer in der Vergangenheit immer weiter auseinanderklaffen. Dies muß wieder ausgeglichen werden. Wir müssen in der Zukunft Festgeld-Erhöhungen anstreben in einer Höhe, welche den Standard der qualifizierten Facharbeiter erhält und die niedrigen Einkommen anhebt.

Das Problem der unterbezahlten Kolleginnen und Kollegen muß ebenfalls angepackt werden. Wie viele erhalten noch Hungerlöhne von 6 DM und darunter? Damit kommt man auf höchstens 900 DM netto im Monat und ist zu Überstunden gezwungen. Deshalb muß für jeden Vollbeschäftigten ein angemessener Lebensunterhalt durch einen garantierten Mindestlohn gesichert werden. Deshalb:

- \* Für jeden Arbeitnehmer einen Mindestlohn von 1400 DM monatlich, für keinen einen Lohnverlust!
- \* Festgeld-Lohnerhöhungen für alle!
- \* Gegen Abgruppierungen!
- \* Bei Arbeitslosigkeit für ein Arbeitslosengeld in Höhe von 100% des bisherigen Nettolohnes.
- \* Für eine kämpferische Lohnpolitik des DGB!

Andreas Baumgarten  
 Mitglied der IG Metall

## GEGEN ÄMTERHÄUFUNG IN SPD UND DGB

Einen begrüßenswerten Vorstoß haben einige SPD-Parlamentarier unternommen, die um den sogenannten "Leverkusener Kreis" gruppiert sind und dem linken Flügel in der Bundestagsfraktion angehören: sie haben die Ämterhäufung und Verfilzung in der SPD auf's Korn genommen.

Auf einer Klausurtagung, an der unter anderem die Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen, Norbert Gansel und Erich Meinike, sowie der ehemalige Landesvorsitzende der Bremer SPD, Henning Scherf, teilnahmen, haben sie ein Papier verabschiedet, das die Grundlage für eine Offensive gegen das Dickicht der vielen Multi-Funktionäre sein soll, die auf jeder Ebene unserer Partei vorherrschen.

### Vorschläge

Wesentliche Kernpunkte des Papiers sind unter anderem:

- \* Doppelmandate für SPD-Mitglieder in verschiedenen Parlamenten (z. B. gleichzeitig in Bundestag und Europa-

parlament) sollen künftig ausgeschlossen werden.

- \* Niemand soll künftig in mehr als zwei Vorständen auf den verschiedenen Ebenen der Partei tätig sein können.

\* SPD-Parlamentarier dürfen höchstens in einem Vorstand tätig sein.

- \* Spenden für die SPD dürfen in Zukunft nur noch auf offiziellen Parteikonten entgegengenommen werden. (anstatt wie bisher häufig üblich auf Privatkonten von Funktionären).

- \* Auf Privatkonten angesammelte Spenden müssen an die Partei abgeführt werden!

\* Niemand darf aufgrund seines Amtes persönliche Vorteile und materielle Privilegien einheimsen.

Das Papier stößt ganz bestimmt in ein Wespennest. Ist es doch bisher üblich, daß beispielsweise SPD-Aufsichtsrats- oder Vorstandsmitglieder in kommunalen Elektrizitätsunternehmen "billigen Strom zum Mitarbeiterpreis" in Anspruch nehmen können, und daß SPD-Mitglieder in den Gre-



Erich Meinike

Karl-Heinz Hansen

mien der Ruhrkohle AG in den Genuß von "billigem Hausbrand" kommen! Solche handfesten Privilegien müssen gestrichen werden.

Viele der Multi-Funktionäre werden sich bestimmt gegen die geplanten Veränderungen hartnäckig einsetzen. Vor allem von zahlreichen SPD-Oberbürgermeistern, die gleichzeitig Sitz und Stimme in Landesparlamenten oder dem Bundestag haben, ist zu erwarten, daß sie nicht ohne weiteres auf ihre Ämter- und Titelsammlungen verzichten werden. Ein typisches Beispiel (stellvertretend für viele) für Ämterhäufung ist der Gelsenkirchener Oberbürgermeister Werner Kuhlmann; außer seinem Amt als Stadtoberhaupt sitzt er noch im Düsseldorf Landtag und ist Unterbezirksvorsitzender der Gelsenkirchener SPD und Mitglied im Landesvorstand der Partei in NRW! (Forts. S.8)

## ARTIKEL ÜBER

Mitbestimmungsrecht.....	S. 2
Juso-Doppelstrategie.....	S. 2
Britische Streikwelle.....	S. 3
Arbeitslosigkeit.....	S. 3
Iranische Revolution.....	S. 4
Stahlarbeiter Frankreich.....	S. 5
Chines.-Vietnam Krieg.....	S. 6
Satzungsänderung IG Chemie.....	S. 7
Stahlarbeiter-Resolution.....	S. 7
Arbeitsplatzabbau bei HDW.....	S. 7

# VORAN

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft.  
Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75  
5630 Remscheid

Konto: Postscheckamt Essen, H.G. Öfinger, Nr. 170 20 433  
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger  
Druck: Gegendruck Essen

## NACH DEM MITBESTIMMUNGSRURTEIL: NEUE KONZERTIERTE AKTION UND SOZIALPARTNERSCHAFT ?

Die großbürgerliche FAZ lobte in einem Kommentar vom 7. 5. 68 das Jahr 1967 als das "Jahr des Aufräumens": "Die vielbeklagten Mißstände im Personalwesen, die stete Fluktuation, die übermäßigen Krankmeldungen, die Bummellei, der Schlendrian am Arbeitsplatz, das Bemühen der Fabrikleiter, nur jeden Mann zu halten, auch wenn er im Moment gar nicht gebraucht würde, all das hört schlagartig auf, wenn Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit plötzlich zur drohenden Realität wird. Kein Zweifel, das Jahr der Rezession war ein Jahr des Aufräumens in den Betrieben und kein verantwortlicher Unternehmensführer ist betrübt darüber, daß die Atempause eine solche Reinigungs-kur nötig gehabt hat."

Und genau in dieses "Jahr des Aufräumens" hinein wurde die "Konzertierte Aktion" geboren. Sie wurde angeleitet von Karl Schiller, dem damaligen SPD-Wirtschaftsminister der großen Koalition (CDU/CSU-SPD-Koalition unter Kiesinger und Brandt) als ein Gesprächskreis, dem Vertreter von sechs Verbänden des Kapitals, der Bundesregierung und des DGB sowie der IG-Metall angehörten.

Zweck dieses "Konzerts" war die Verabschiedung von "Orientierungsdaten" und "Lohnleitlinien", auf Deutsch also nichts anderes als die Sanierung der Unternehmensgewinne zu Lasten der Löhne und Gehälter.

Aber von DGB-Mitgliedern her wurde im Lauf der Jahre der Ruf nach einem endgültigen Austritt aus der Konzertierten Aktion immer lauter. Unzählige Basisgliederungen, die DGB- und die IG Metall Jugendkonferenz und auch Einzelgewerkschaften wie die Gewerkschaft Holz und Kunststoff und die IG Druck und Papier distanziierten sich klar von der Konzertierten Aktion.

Seit dem Einbruch der Krise 74/75 ist es für viele deutlich geworden, daß auch ein noch so harmonisches Konzert die Abwälzung der Krisenlasten auf die Rücken der arbeitenden Bevölkerung verhindern konnte. Denn seither besteht bei uns eine Massenarbeitslosigkeit von über einer Millionen, wurden Hunderttausende von Arbeitsplätzen wegrationalisiert und wird ständig versucht, Löhne zu kürzen.

Der Druck auf die DGB-Führung wurde größer, bis sie schließlich nicht mehr den Willen der Basis voll und ganz mißachten konnte.

Anfang Juli 1977 blieben die Gewerkschaftsvertreter dann der Sitzung der Konzertierten Aktion fern, und so ist es dann auch bisher geblieben, ohne daß die DGB-Führung der Konzertierten Aktion eine grundlegende Absage erteilt hätte.

Vetters Begründung hierfür war die damals von den Unternehmensverbänden eingereichte und vor wenigen Wochen vom Bundesverfassungsgericht abgelehnte Klage gegen das Mitbestimmungsgesetz vom Mai 1976. Es war wohl von Anfang an vorzusehen, daß das Gericht kaum ein "Mitbestimmungsgesetz" für verfassungswidrig erklären würde, das damals selbst von der CDU unterstützt wurde, weil es eben die Kapitalseite immer am längeren Hebel sitzen läßt. So naiv war wohl auch Schleyer nicht, als daß er sich eine Ablehnung versprochen hätte. Ihm ging es vielmehr darum, klarzustellen: bis hier her und nicht weiter. Ein Warnschuß an die Gewerkschaften sollte abgegeben werden: wehe, ihr versucht, weiterzugehen, als es in diesem Gesetz festgelegt ist. ...!

Das Karlsruher Urteil, das nach Ansicht der bürgerlichen Presse alle Beteiligten zufriedenstellt, ist nur eine Bestätigung dessen, was die Spatzen schon längst von den Dächern gepfiffen haben: das Mitbestimmungsgesetz von 1976 enthält keine paritätische oder sogar überparitätische Regelung zugunsten der Arbeitnehmer. Die jetzige Regelung sichert dem Kapital im Zweifelsfalle immer die Mehrheit, die Eigentums-garantie des Unternehmers bleibt gesichert. So sieht es das Gericht, so hat es auch die Vertreter der Bonner Parteien und die bürgerliche Presse mit Genugtuung erfüllt.

Speziell nach dem Karlsruher Urteil, das den DGB-Vorsitzenden Vetter mit "tiefer Befriedigung" erfüllt hat, hat sowohl er als auch der Kollege Kluncker von der ÖTV vage angedeutet, daß eines Tages wieder Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber an einem Tisch sitzen müßten.

Man muß sich fragen: soll jetzt also wieder allmählich von gewerkschaftlicher Seite etwas ähnliches wie die Konzertierte Aktion ins Leben gerufen werden? Dabei ist es egal, ob das Kind einen anderen Namen hat oder nicht.

Haben unsere Gewerkschaftsführer denn seit 1977 nicht einmal für 5 Pfennig dazugelernt, beispielsweise aus den brutalen Massenaussperrungen des vergangenen Jahres.

Auch ein als "sachlicher Dialog" verbrämtes Zusammenspiel, eine Kumpanei mit dem Kapital, hat noch nie die Arbeiterbewegung auch nur einen Zoll weitergebracht. Unsere bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung ist - von den Möglichkeiten her - eine starke Kraft, die fähig wäre, ihren Willen in der Gesellschaft durchzusetzen. Allerdings nur dann, wenn alle Kräfte voll mobilisiert werden und wenn sich unsere Führung nur auf unsere eigene Kraft verläßt. Die vagen Erklärungen unserer DGB-Führer zeigen, daß sie weiterhin den sozialpartnerschaftlichen Kurs steuern wollen. Sie werden jedoch noch lernen müssen, daß sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben.

DIE "DOPPELSTRATEGIE" IST GESCHEITERT...

## KOMMT JETZT ENDLICH DIE UMORIENTIERUNG?

Seit nunmehr 10 Jahren berufen sich die Jungsozialisten auf die sogenannte "Doppelstrategie" als die Grundlage der Juso-Arbeit.

Es sind seither viele Versuche unternommen worden, die Strategie genauer zu erklären. Aber viele Genossen aus der jüngeren Juso-Generation wissen nach wie vor wenig darüber, wie und unter welchen Umständen diese "Strategie" entstanden ist. Man muß dies wissen, um gerade heute die Schwierigkeiten des Juso-Vorstandes besser verstehen zu können.

Eine offensichtliche Schwäche der Doppelstrategie lag seit jeher darin, daß eines ihrer Beine - die Basismobilisierung - verkümmert ist, während das andere Bein - die Arbeit in Parlamenten und Gremien - von vielen Genossen überbetont wurde.

Die entscheidende Schwäche der Doppelstrategie liegt jedoch nicht in ihrer vielfach mangelhaften Ausführung, sondern von Anfang an war dieses Konzept mit entscheidenden Fehlern behaftet.

Die Doppelstrategie entstand unter dem Eindruck der sogenannten "goldenen 60er Jahre". Der kräftige Aufschwung des Kapitalismus und der damit verbundene starke Anstieg des Lebensstandards in jenen Jahren verführte viele Linke zu der Annahme, daß der alte Kapitalismus mit seinen Krisen und mit Massenarbeitslosigkeit endgültig der Vergangenheit angehöre.

Alle möglichen Theorien von einem krisenfreien "Neokapitalismus" ohne offene Klassenauseinandersetzungen machten die Runde man sprach davon, daß alle Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden könnten und größere Lohnkonflikte nicht mehr möglich seien.

Dementsprechend entwarfen

die geistigen Väter der Doppelstrategie die Schlußfolgerung, daß die Arbeiterklasse als die bewußte gesellschaftsverändernde Kraft nicht mehr in Frage komme und neue Strategieansätze sich nicht an den Betrieben zu orientieren hätten.

Man erkannte eine "verlagerte Widersprüchlichkeit" vielmehr in den Bereichen Erziehung, Verkehr Wohnen und Gesundheit. Man sollte sich statt an der Arbeiterklasse viel eher an den "sozialen Randgruppen" (z. B. Obdachlose) orientieren, weil von da ein größeres revolutionäres Potential zu erwarten wäre. Durch das Konzept "antikapitalistischer Struktur-reformen" sollte schrittweise die kapitalistische in eine sozialistische Gesellschaft umgewandelt werden.

Bei allen revolutionären Worten jedoch blieb die Doppelstrategie auf die parlamentarische Ebene fixiert. Denn die ganze Mobilisierung der Basis von "außen" sollte hauptsächlich dazu aufgebaut werden, um Druck auf die Gesetzgebung, die Parlamente und Verwaltungen auszuüben. Kein ernsthafter Sozialist wird wohl abstreiten, daß auch parlamentarische Arbeit der Sache des Sozialismus dienen kann. Karl Liebknecht hat dies ja zu seiner Zeit sehr gut vorgeführt. Aber die sozialistische Veränderung der Gesellschaft wird nicht von irgendwelchen Parlamenten, sondern sie wird vielmehr von den Betrieben und Industriezentren ausgehen. Fast alle der bisherigen führenden Jusos sind inzwischen zu Parlamentariern geworden, ohne daß sie ihre Positionen zu entscheidenden Mobilisierungen ausgenutzt hätten.

Norbert Gansel, vor Jahren stellvertretender Juso-Vorsitzender, widersprach schon 1970 den

Ansichten, daß die neue Juso-Strategie eine revolutionäre Errungenschaft sei:

"Auch die Beschlüsse, die die öffentliche Meinung als revolutionär bezeichnet hat, gehen kaum darüber hinaus, was in England oder Skandinavien in den Programmen sozialistischer Parteien steht oder gar Regierungspolitik ist."

Die "neomarxistischen" Doppelstrategen der späten 60er Jahre glaubten, wesentliche Aussagen des Marxismus für überholt erklären zu müssen. Marxisten aber lassen sich nicht von vorübergehenden Aufschwüngen hinreißen und blenden. Die Erfahrungen der letzten Jahre und die wirtschaftlichen wie die politischen Aussichten für die kommenden Jahre zeigen, daß die wesentlichen Aussagen und Methoden des Marxismus so aktuell sind wie eh und je. Das kapitalistische System kann nie dauerhaft und stabil sein, es kann nicht ewig Reformen, soziale Sicherheit und gleichbleibenden Lebensstandard garantieren. Und dieser Kapitalismus hat seit seiner Entstehung, besonders aber seit dem Zweiten Weltkrieg eine starke Arbeiterklasse hervorgebracht. Diese Klasse ist die einzige Kraft, die allein aufgrund ihrer Lage zu kollektivem Handeln gezwungen wird, die in den tagtäglichen Auseinandersetzungen Bewußtsein bildet und die in Zukunft sich als fähig und bereit erweisen wird, die Gesellschaft in sozialistische Richtung zu verändern. Nur eine sozialistische Jugendorganisation, die sich in ihrer praktischen Arbeit auf diese Klasse hinorientiert, kann an Einfluß gewinnen.

An der Schwelle der 80er Jahre sind die "theoretischen" Grundlagen der "Doppelstrategie" mehr als überholt. Nur wenn sie wieder in die Mottenkiste der 60er Jahre zurückverbannt werden, kann der Juso-Verband in den zukünftigen Klassenauseinandersetzungen eine entscheidende Rolle spielen. Nur dann kann der Juso-Verband aus seiner gegenwärtigen Krise herausfinden.\*

Olaf Meindl, Remscheid,  
Juso-Mitglied

**kampffonds** SPENDENKONTO :  
Angela Bankert, Postscheckamt Essen  
2422 - 50 - 432

## WIR BRAUCHEN MEHR - JETZT !!

Nachdem wir in der letzten Ausgabe ein Kampffonds-Ziel für 1979 in Höhe von 17.000,- DM vorgeschlagen hatten, haben uns eine ganze Reihe von Kampffonds-Helfern und aktiven VORAN-Verkäufern in dieser Zielvorstellung bestätigt. Wir glauben daher, an diesem Vorschlag als einer realistischen Vorgabe festhalten zu können.

Nach Rücksprache mit den entsprechenden Kampffonds-Helfern ergeben sich damit folgende regionale Sammelziele:

NORD	MITTE	SÜD
5.000,-	8.500,-	3.500,-

Das bedeutet, daß die Region

NORD monatlich 420,- DM, MITTE monatlich 700,- DM und SÜD monatlich 300,- DM einbringen müßte.

Hinter diesen monatlichen Zielvorgaben hinken jedoch die Einnahmen, auch des Monats Februar, weit hinterher. Insgesamt sind im Februar 416,- DM auf unser Konto einbezahlt worden. Wir wissen allerdings, daß auf den VORAN-Seminaren, die in den letzten Wochen überall durchgeführt worden sind, auch noch mehrere Hundert DM eingesammelt wurden, die aber noch nicht überwiesen worden sind. Wir möchten daher an dieser Stelle vor allem die Kampffonds-Helfer auffordern, die Einnahmen aus Sammlungen immer möglichst umgehend zu überweisen, damit wir sie in konkreten Zahlen in der darauffolgenden Ausgabe von VORAN berücksichtigen und darüber berich-

ten können.

Ausgehend von unseren Zielen ergibt sich bisher folgende Gegenüberstellung der Einnahmen und Vorgaben für die Monate Januar und Februar:

	NORD	MITTE	SÜD
Soll	840,-	1400,-	600,-
Ist	419,-	455,-	121,-

Das bedeutet, daß wir in den ersten beiden Monaten nur einen Bruchteil der Vorgabe erreicht haben! Diese Tendenz darf sich in den kommenden Monaten keinesfalls fortsetzen, wenn wir unser Gesamtziel noch erreichen wollen!

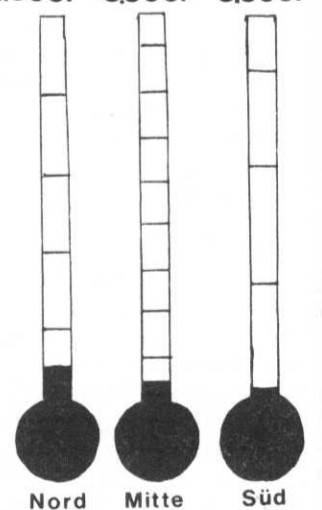
Wir müssen daher unbedingt versuchen, als Nahziel den bisherigen Rückstand bis spätestens Ende April wieder aufzuholen, d.h. die Region NORD muß bis dahin noch 1260,-DM, die Region MITTE 2340,- DM und SÜD 1080,- DM gesammelt haben.

Eine praktikable und erfolgversprechende Anregung gaben uns VORAN-Anhänger aus Remscheid. Dort hat man sich vorgenommen, in Zukunft regelmäßig die Stamm-Leser unserer Zeitung persönlich zu besuchen und zu einer Spende aufzufordern - um damit ein regelmäßiges monatliches Grundaufkommen für den Kampffonds zuzusichern. Wir möchten alle VORAN-Verkäufer auch andernorts auffordern, diese Anregung aufzugreifen, sich Listen ihrer Stammleser anzufertigen und diese mindestens einmal monatlich zu

besuchen. Denn jedes persönliche Ansprechen hat sicherlich mehr Erfolg als ein noch so (hoffentlich) zündender Aufruf an dieser Stelle.

Wie bereits in der vorigen Ausgabe angekündigt, haben wir uns für '79 einige Ausgaben vorgenommen. Inzwischen haben wir die Erweiterung der Büro-Ausstattung in den Redaktionsräumen bereits in Angriff genommen und für rd. 600,-DM

5.000- 8.500- 3.500-



Nord Mitte Süd

Büromöbel und Schreibmaschine angeschafft. Auch zur Fortsetzung derartiger Maßnahmen müssen wir auf ein gesichertes regelmäßiges Kampffonds-Aufkommen zurückgreifen können. Also: verbessert die Sammelergebnisse und helft mit, unser Nahziel bis Ende April zu erreichen!\*

GROSSBRITANNIEN

# STREIKWELLE DER UNTERBEZAHLTEN

Großbritannien erlebte zum Jahresanfang 1979 die größte Streikwelle seit dem Generalstreik 1926. Der Hauptgrund dafür: Die vom Kapital diktierte Politik der Labour-Regierung, die 5% Lohnerhöhung zur obersten erlaubten Grenze erklärt hat. Bei einer Inflationsrate von ca. 15% hatte dies natürlich verheerende Folgen für den Lebensstandard vor allem der unterbezahlten Schichten der Arbeiterklasse. Seit 1974, als die Labour-Regierung ins Amt kam, die die britischen Arbeiter selbst gewählt haben, haben sie Jahr für Jahr die bittere Pille geschluckt und die Lohnleitlinie der Regierung weitgehend akzeptiert. Jetzt ist der Bogen überspannt: jetzt kämpfen sie für die Verteidigung ihres gegenwärtigen und für die Wiederherstellung ihres früheren Lohnniveaus.

Am 22. Januar marschierten 80 000 Mitglieder der vier Gewerkschaften durch die Straßen Londons, die die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Sektors vertreten. Dieser Sektor ist dafür bekannt, daß er ein besonders niedriges Lohnniveau hat. Die Demonstration war geprägt von großer Wut und hoher Kampfbereitschaft.

Der Grund für die Wut der Demonstranten ist klar: ihr durchschnittlicher Wochenlohn (ohne Überstunden) beträgt nur 42,50 Pfund (ca. 165 DM), ein Betrag, der in den letzten Jahren nur sehr geringfügig angestiegen war, trotz 20-30%iger Inflationsraten! Ihr Kampfziel: 60 Pfund (ca. 236 DM) wöchentlicher Mindestlohn für eine 35-Stunden-Woche.

Die Versuche der britischen Kapitalisten, den Lebensstandard der Arbeiterklasse immer weiter hinunterzudrücken, sind auch die Ursachen für die drei anderen größeren Streiks, die seit Jahresbeginn stattfanden:

- die Lastwagenfahrer, denen wegen der Anwendung der EWG-Vorschriften eine Lohnkürzung von 25 % drohte, führten einen sehr wirkungsvollen Streik gegen die Fuhrunternehmer, die anfangs nur 3% Lohnerhöhung anboten.
- Die Lokführer wurden zu Schwerpunkstreiks gezwungen, um endlich einen Bonus zu erhalten, der schon vor drei Jahren ausgehandelt worden war.
- Die Arbeiter des öffentlichen Dienstes, die schon seit einem Jahrzehnt um eine Bezahlung entsprechend dem Niveau in der Privatindustrie verhandeln.

Die Einstellung der Presse und der Massenmedien gegenüber den Streiks sollte uns allen eine

Lehre sein. Sie glaubten, ein leichtes Spiel zu haben und die anderen Arbeiter gegen die Streikenden aufbringen zu können.

Die Streiks führten dazu, daß Schulen, öffentliche Gebäude, Ämter, ja sogar öffentliche Toiletten schließen mußten, daß weder Ambulanz noch Rettungsdienst oder sonstige öffentliche Dienstleistungen in Betrieb waren, daß wegen dem Lastwagenfahrerstreik in den Läden die Nahrungsmittel ausgingen und daß keine Züge fuhren. Die Medien versuchten ihr Bestes. Die Horrorbilder, die sie malten, schienen kein Ende zu nehmen. Die Streikenden wurden für alle Übel dieser Welt verantwortlich gemacht und sogar des kaltblütigen Mordes angeklagt. Es ist unnötig zu sagen, daß sie die Hunderttausende nicht erwähnten, die als Folge der Kürzungen beim Gesundheitsdienst vorzeitig starben, als Folge der Kürzungen, die vom britischen Kapital und vom Internationalen Währungsfond (einer superimperialistischen Institution) in den letzten Jahren erzwungen worden waren.

Doch wenn auch die Hetzkampagne hier und dort ankam: die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse ließ sich nicht beeinflussen und solidarisierte sich mit den Streikenden. Denn die Streikenden brachten den Widerstand aller Arbeiter gegen Lohnbeschränkung und Inflation zum Ausdruck.

Es wäre deshalb ein schwerwiegender Fehler, in dieser Streikwelle nur eine "Revolte der Unterbezahlten" zu sehen. Die achtwöchige Periode nationaler Streikaktionen hat das Großkapital bereits erschüttert. Für viele Arbeiter war es ihr erster Streik überhaupt. Wenn diese Schichten, die normalerweise eher rückständig sind, nicht zu-



rückgehalten werden können, dann kann niemand mehr zurückgehalten werden! Mehr und mehr Gewerkschaften rücken jetzt nach und stellen wesentliche Forderungen, einschließlich die nach der 35-Stunden-Woche.

Die Unternehmer scheinen so besorgt zu sein über die Lage daß sie nicht mehr nur ihre erste und gewöhnlichste Waffe einsetzen: die Massenmedien. Sie müssen jetzt sogar auf ihren älteren und vertrauteren Partner zurückgreifen: das Gesetz. Von den gesetzlichen Entscheidungen und richterlichen Urteilen her gesehen, scheint Streikposten stehen nur noch in einem Fall legal zu sein: dann, wenn es total wirkungslos ist.

Der Streik der Lastwagenfahrer bewies wieder einmal, wie wirkungsvoll Streikposten sein können, um den Kampf publik zu machen, für die Ziele zu werben und um andere davon zu überzeugen, sie zu unterstützen und mitzumachen. Die Lastwagenfahrer schafften es, daß täglich nur noch 2 bis 3 LKW's in die Häfen gelangten, wo sich inzwischen die Container auftürmten. Es war diese Taktik mehr als jede andere Maßnahme, die den Streik zu einem raschen Ende brachte und eine Entscheidung erzwang. Zwar wurden die geforderten 30 % nicht erreicht, aber auf keinem anderen Weg hätten sie jemals die erreichten 18 % erhalten!

Die Labour-Party-Führung spielte ihre gewohnte Rolle: sie tat alles andere, als die Leute zu unterstützen, die sie gewählt hatten. Sie wurde vom Großkapital als Spielzeug benutzt. Der Labour-Premierminister Callaghan ließ keine Gelegenheit aus,

um über streikende Gewerkschafter herzu ziehen, und machte verschiedene Äußerungen, die ihn zu einem guten Tory (= Konservativen) Führer gemacht hätten. Viele einfache Mitglieder in der Labour Party und in den Gewerkschaften waren empört über ihn und über das Verhalten von Labour-Außenminister Owen, der zu Streikposten sagte: "Ich habe das größte Vergnügen, diese Streikpostenlinie zu überqueren". In Großbritannien (wie in anderen Ländern) gibt es ein fast heiliges Prinzip für jeden aufrichtigen Gewerkschafter: "Überquere niemals eine Streikpostenlinie".

Diese sogenannten Führer sind ein Problem für die Labour Party. Aber die Partei hat schon begonnen, dieses Problem zu behandeln: der Londoner Regionalparteitag beschloß auf Antrag der Jungsozialisten, in Zukunft ihren Parteiführer auf einem Parteitag wählen zu lassen, anstatt durch Labour-Stadtratsfraktion. Auf diese Weise ist mehr Kontrolle über Spitzenfunktionäre von der Basis her auszuüben.

Obwohl dies die größte Streikwelle in Großbritannien seit Jahrzehnten ist, haben die Probleme des kapitalistischen Systems eigentlich erst begonnen. Die britischen Unternehmer haben es in den letzten 30 Jahren versäumt, genügend in die Industrie zu investieren. Jetzt haben sie gegenüber dem Rest der Welt einen technischen Rückstand, der auch in Jahren nicht wieder aufzuholen ist. Sie können mit Europa in Bezug auf moderne Produktion nicht konkurrieren. Ihre einzige Hoffnung ist es, den Lebensstandard

der Arbeiter herabzudrücken. Bereits jetzt gehören britische Arbeiter zu den am schlechtesten bezahlten in Europa. Aber billige Arbeitskräfte sind den Bossen nicht genug. Sozialleistungen müssen ebenfalls geschlachtet werden, Krankenhäuser und Schulen werden reihenweise dichtgemacht. Das gesparte Geld wird von der Regierung in die Industrie - genauer: in die Direktoren-Brieftaschen - gesteckt. Obwohl der Lebensstandard den größten Rückgang seit 100 Jahren ausmacht, schreien die Bosse immer noch nach mehr!

Aber sie haben ein Problem: wir haben es erlebt, wie die unterbezahlten Arbeiter reagiert haben, nicht nur, weil sie zuerst und am härtesten getroffen wurden, sondern auch, weil hinter ihnen die Metaller, die Automobilarbeiter, die Bergleute und die Arbeiter in den Elektrizitätswerken stehen.

Der Jahresanfang 1979 gab einen Vorgeschmack von dem, was noch kommen wird. Die britischen Arbeiter fangen jetzt an, darüber nachzudenken, was die Ursachen ihrer Probleme sind und was die Lösungen. Die Labour Party und die Gewerkschaften müssen klar aussprechen, was viele schon denken: Wenn der Kapitalismus es sich nicht leisten kann, uns einen angemessenen Lebensunterhalt zu bezahlen, dann können wir uns den Kapitalismus nicht leisten! Nur eine sozialistische Politik kann die Lösung bringen. Es kann kein besseres Argument für die Verstaatlichung der großen Konzerne geben, als die Tatsache, daß der Staat Tag für Tag 12 Millionen DM in die britische Industrie buttert, während er andererseits das Geld dafür von den Kranken, Alten und Jungen wieder holt. Es kann kein besseres Argument für Arbeiterkontrolle und -verwaltung in den Fabriken geben, als das Chaos und die Ineffizienz des britischen Kapitalismus.

Wenn die Labour-Führung diese Tatsachen aufgreifen würde, und eine Kampagne zu ihrer Verbreitung organisieren würde, dann könnte sie Millionen für eine echte sozialistische Politik mobilisieren und den Anfang eines Vereinigten Sozialistischen Europas schaffen.\*

Stuart Garvie, Norwood  
Labour Party

## DIE ARBEITSLSEN NICHT VERGESSEN

Vor kurzem wurden in einer Fernsehsendung die Ansichten und die Ängste einer Gruppe 18-jähriger Schüler untersucht. Ihre größte Sorge war, ob sie nach ihrem Schulabschluss auch einen Ausbildungsplatz oder Arbeit finden würden. Ihre Lebensziele waren eigentlich sehr bescheiden: einen sicheren Arbeitsplatz, eine angemessene Wohnung, ein Auto, ein Fernsehgerät und die Mittel, um eine Familie versorgen zu können.

Aber selbst diese bescheidenen Ziele sind heutzutage in Europa für viele Menschen unerreicht. In der EG sind mehr als 6 Millionen arbeitslos, die Mehrheit von ihnen sind ungelernete Arbeiter und Jugendliche unter 23 Jahren.

Doch obwohl diese Arbeitslosen jeden Tag Stunden damit verbringen, daß sie im Arbeitsamt herum sitzen oder die Stellenangebote in den Zeitungen durchschauen, fallen sie selbst manchmal auf die reaktionäre Propaganda herein, die die Arbeitslosen als "arbeitsstauer" und "faul" verunglimpfen.

Obwohl die Gewerkschaften den Skandal der Arbeitslosigkeit aufgegriffen haben, gibt es noch viele Probleme, die noch nicht angepackt wurden. Die "Armee der Arbeitslosen" ist nicht nur ein Skandal für sich, sondern sie wird auch dazu benutzt, andere Arbeiter in ständiger Angst um ihren Arbeitsplatz zu halten. Ihnen wird gesagt: "Wenn's Dir hier nicht gefällt,

können wir jederzeit von der Straße einen anderen auflesen." Die Angst vor Arbeitslosigkeit zwingt sie dazu, Arbeitsbedingungen zu dulden, die sonst untragbar sein würden. Die Unternehmer wissen ganz genau, daß viele Arbeitslose schlechtere Bedingungen und geringere Bezahlung in Kauf nehmen.

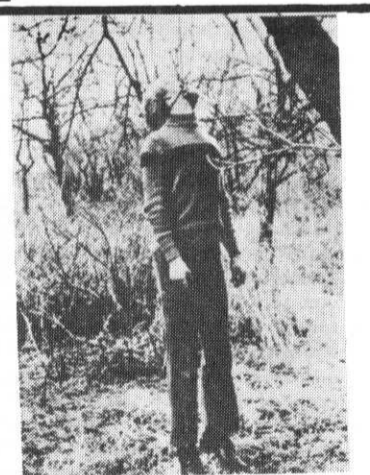
Eine Reserve beschäftigungsloser Arbeiter erleichtert es ihnen, zeitweilig Aushilfskräfte zu benutzen, die ihre Lohnkosten senken, die unter ungünstigeren Bedingungen (Kündigungsfrist, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld etc.) arbeiten, und die nur unter größten Schwierigkeiten in den Gewerkschaften organisiert werden können.

Die Fähigkeit der Unternehmer, die Arbeitslosen als Druckmittel gegen die organisierten Arbeiter einzusetzen, hängt natürlich auch von der Politik der Gewerkschaften selbst ab. Auf Bundesebene ebenso wie auf Betriebsebene (durch Betriebsräte, gewerkschaftliche Vertrauensleute und Betriebsgruppen) können viele Dinge getan werden, um der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen entgegenzuwirken.

Eine Aufgabe, welche die Gewerkschaften (ebenso wie die Jusos) bisher weitgehend vernachlässigt haben, ist die Integration und Organisation des einzelnen Arbeitslosen, der in der Tat innerhalb der Gesellschaft isoliert ist. Mangelndes Geld hindert ihn oder

sie daran, so wie vorher an geselligen Aktivitäten teilzunehmen. Ein Kinoabend mit Freunden, bei dem man anschließend ein Bier trinken geht, kostet 15 - 20 DM. Ich war selbst 6 Monate arbeitslos. Die Möglichkeiten zu zwischenmenschlichem Kontakt mit anderen war erheblich beschränkt, da ich keine Kollegen hatte, mit denen ich reden konnte. Nach einigen Monaten erreicht man einen Punkt, wo man total verzweifelt ist und sich vollständig einsam fühlt. Wenn man eine Familie hat, sind die anderen meistens weg bei der Arbeit oder in der Schule. Selbst wenn ich die Zeit damit verbrachte, die notwendige Hausarbeit zu machen, fühlte ich mich ziemlich nutzlos - schließlich ist niemand dafür geschaffen und darauf eingestellt, die Rolle als "Nur-Hausfrau" einzunehmen.

Für Jugendliche, die gerade von der Schule abgegangen sind, ist es noch schwieriger, mit der Perspektive der Dauerarbeitslosigkeit fertig zu werden. Die Zukunft schaut öde für sie aus und alle alten Verbindungen und Bekanntschaften gehen langsam zu Bruch, wenn die früheren Kameraden Arbeit oder einen Studienplatz gefunden haben. Diese Isolation und der Groll, der daraus folgt, bauen sich nach und nach innerlich auf. Es ist kein Wunder, daß die Selbstmordrate von Jugendlichen in den letzten 4 Jahren



Schülerselbstmord - weil er keine Aussicht auf eine Lehrstelle hatte?

in die Höhe schnellte. Und manchmal - oder man sollte eher sagen: sehr oft! - scheinen Drogen oder Alkohol der einzige Ausweg aus der endlosen Langeweile und Grauei der Tage zu sein. Denn wenn man arbeitslos ist, ist jeder Tag wie ein Wochenende, aber wie ein Wochenende, an dem man zu Hause rumsitzen muß, ohne Unterhaltung, Vergnügen und Geld, das man ausgeben könnte in einer Welt in der man nur respektiert wird wegen des Geldes, das man verdient hat, und des Jobs, den man innehat.

In Großbritannien und einigen anderen Ländern haben faschisti-

sche Terrorgruppen versucht, die Bitterkeit, die Wurzellosigkeit und die Wut der Arbeitslosen für ihre Ziele auszunutzen. Es liegt in der Verantwortung und in der Macht der Arbeiterbewegung, dafür zu sorgen, daß die Neonazis ihre Ziele nicht erreichen.

Eingige meiner Arbeitskollegen in Hamburg meinten, daß man den Arbeitslosen zum Schneeräumen und Schneeschaufeln hätte einsetzen können. Für mich ist das aber keine Lösung, denn es gibt eine Menge weitaus sinnvollerer Tätigkeiten, die unbedingt durchgeführt werden müßten. Aber sie werden nicht - weil das System der Unternehmer nicht bereit ist, dafür entsprechend zu bezahlen.

Nur eine sozialistisch geplante Produktionsweise unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung wird die Möglichkeiten schaffen, daß alle Menschen ein "Recht auf Arbeit" auch in Wirklichkeit in Anspruch nehmen können. Nur der Sozialismus wird das "Recht auf Arbeit" erfüllen können. Aber in der Zwischenzeit sind die Gewerkschaften und die Jusos dafür verantwortlich, daß der Kampf zur Verteidigung aller Arbeitsplätze und für das Recht auf Arbeit für alle aufgenommen wird. Besonders die Jusos müßten dafür sorgen, daß die arbeitslosen Jugendlichen nicht demoralisiert werden und dafür, daß man sie nicht vergißt.

Von einem IG Metall-Mitglied

# IRAN: FÜR ARBEITER-, SOLDATEN-

Am 12. Februar wurde in Teheran durch einen bewaffneten Aufstand der Bevölkerung und rebellierender Soldaten der endgültige Bruch mit dem Schah-Regime vollzogen. Der vom Schah noch persönlich eingesetzte Ministerpräsident Bakhtiar mußte gehen, obwohl er verzweifelt versucht hatte, sich als "Demokrat" zu maskieren. Die alte Staatsmacht brach durch die Erhebung fast kampflös zusammen. Die Militärführung kapituliert fürs erste, die Armee löste sich auf und die Soldaten liefen in Massen auf die Seite der Aufständischen über. Doch die neue Regierung Bazargan, die von der Woge des Aufstands an die Macht geschwemmt wurde, hat bei den Kämpfen keinen aktiven Beitrag geleistet und keine führende Rolle gespielt. Im Gegenteil: sie versuchte mit dem religiösen Führer Khomeini im letzten Moment noch gemeinsam, ihre Anhänger durch Aufrufe in Radio und Fernsehen vom Entscheidungskampf abzuhalten!

## Aufstand

Aber während Khomeini und die anderen religiösen Führer versuchten, die Massenbewegung zu bremsen, kam die Bevölkerung Teherans - seit Monaten das Opfer zahlloser Massaker durch die Armee - zu anderen Schlußfolgerungen: solange die Stützen der alten Diktatur in Form Gewehr bei Fuß stehender Soldaten unter dem Kommando Schah-treuer Offiziere noch weiterbestehen, so lange kann von der Sicherung demokratischer Freiheiten und der Erfüllung sozialer Forderungen keine Rede sein.

In der Armee selbst waren schon seit Monaten die Anzeichen für eine tiefgreifende Gärung vorhanden: Soldaten verweigerten die Befehle und meuterten; immer mehr Deserteure flohen aus den Kasernen; in einigen Fällen erschossen Soldaten ihre Offiziere, nachdem ihnen befohlen worden war, auf friedliche Demonstranten zu schießen; es kam immer wieder zu Verbrüderungsszenen zwischen Bevölkerung und einfachen Soldaten. Die Militärführung versuchte der Unruhe innerhalb der Armee dadurch Herr zu werden, daß sie in einer Welle von Gerichtsverfahren Todesurteile verhängen und vollstrecken ließ. Doch diese zweifelhaften Maßnahmen gossen nur Öl in die schon schwelende Glut.

Am 9. 2. kommt es spät abends in dem Luftwaffenstützpunkt Duschschan Tappeh, der in einem der armen Stadtviertel im Südosten Teherans liegt, zu einem entscheidenden Ereignis, das eine Lawine in Gang setzt: Nachdem die Luftwaffentechniker, die tags zuvor zu tausenden in Uniform gegen den Schah, gegen Bakhtiar und für Khomeini demonstriert hatten, eine Auseinandersetzung mit ihrem Oberkommandierenden hatten, greifen Eliteeinheiten der schah-treuen Kaiserlichen Garde die Kasernen an. Doch sie stoßen auf Widerstand. Das Luftwaffenpersonal schießt zurück. Die Kadetten verteilen den Inhalt des Waffenarsenals an die herbeigeströmte Bevölkerung des Stadtviertels und errichten Barrikaden. Die Kämpfe gehen den ganzen Samstagvormittag weiter.

Khomeinis Rundfunkauftritte, in denen er darauf aufmerksam zu machen versucht, daß er das Signal noch nicht gegeben hätte, verhallen ungehört. Der bewaffnete Kampf brach auch ohne sein Signal aus.

## Armee

Es zeigte sich, wie morsch die einstmalige fünftstärkste Armee der Welt bezeichnete iranische Militärmaschinerie in ihrem Innersten war: die Mehrheit der Soldaten lief innerhalb weniger Stunden zur Bevölkerung über, nur wenige kleine Eliteeinheiten wehrten sich bis zuletzt. Angesichts massenhafter Befehlsverweigerung waren die Militärspitzen machtlos. So ist es nicht verwunderlich, daß die Generale plötzlich einen Aufruf an die Armee richteten, sich in Zukunft neutral zu verhalten. Ihre scheinbare Kapitulation war aber nur ein Versuch, zu retten, was noch zu retten war: die totale Auflösung der Armee zu stoppen und eine Pause zu erhalten, um Atem zu schöpfen und Zeit zu gewinnen, damit sie bei einer späteren, günstigeren Gelegenheit entscheidend zuschlagen könnte.

Die neue Regierung wurde durch einen revolutionären Aufstand geboren, den sie selbst gar nicht gewollt hat. Doch alle Pessimisten wurden Lügen gestraft, die behauptet hatten, der revolutionäre Weg zum Sturz einer Terroridiktatur könnte angesichts der mit Hilfe modernster wissenschaftlicher Erkenntnisse gebauten Massenmordinstrumente nur in einem Blutbad enden. Das Gegenteil war der Fall: den Generälen wurden durch den Aufstand die Mittel aus der Hand geschlagen, mit denen sie seit September in täglichen Massakern das Blut zehntausender friedlicher Demonstranten und streikender Arbeiter vergossen haben.

Der iranische Umsturz bestätigte eine uralte marxistische Erkenntnis: Keine Armee der Welt ist vollständig isoliert von der Gesellschaft; gesellschaftliche Spannungen und Krisen widerspiegeln sich letztlich auch in der Armee. Vor allem in revolutionären Situationen kann die militärische Disziplin zusammenbrechen. Vor allem wenn eine bewußte sozialistische Führung durch massive politische Propagandaarbeit unter den Soldaten die vorhandenen Spannungen in der Armee noch verstärkt, dann können die Befehle der Generäle auf taube Ohren stoßen, die die Soldaten zum Schießen auf ihre eigenen Väter, Mütter, Brüder, Schwestern, Freunde und Nachbarn treiben sollen.

## Neue Regierung

Im Iran fehlt bis heute eine solche bewußte Führung. Daß trotzdem ein Umsturz vollzogen wurde, zeigt nur, wie groß die Opposition der Massen gegen das Regime, und wie verrotten der alte Staatsapparat war.

Das Fehlen einer in den Massen verankerten marxistischen Arbeiterpartei ließ die Revolution, die letztlich soziale Triebfedern hatte, die Form einer religiösen Bewegung annehmen. Weil unter der totalitären Schah-Diktatur keine anderen Möglichkeiten bestanden, kristallisierte sich die Opposition anfangs um die islamische Kirche, die innerhalb der Gesellschaft eine halb-unabhängige Institution darstellte und für die Gefühle und Stimmung der Massen offen war. Da konnten die Moscheen zum Ausgangspunkt immer größerer Massendemonstrationen werden, die von schiitischen Geistlichen angeführt wurden. Und so konnte sich Ajatollah Khomeini zum Führer der Massenbewegung aufbauen, deren Kontrolle ihm jetzt wieder langsam entgleitet, nachdem das ursprüngliche, unmittelbare Ziel erreicht ist, das die Opposition geeint hatte: der Sturz des Schah-Regimes.

Welche Kräfte repräsentiert nun die neue, von Khomeini eingesetzte Regierung Bazargan? Welche Klassenbasis hat sie? Die meisten Kabinettsmitglieder sind führende Mitglieder der Iranischen Nationalen Front (INF). Diese Partei ist eine alte bürgerliche Oppositionspartei, in der hauptsächlich die Interessen des iranischen Mittelstandes und der Klein- und Mittelbourgeoisie zum Ausdruck kommen. Die Interessen dieser Schichten sind in dem politischen System des Schah-Regimes nie berücksichtigt worden. Diese Schichten setzen sich zusammen aus:



Schleier - zuerst Symbol gegen den Schah, jetzt wieder abgelegt, um die Opposition gegen Khomeinis Politik zu zeigen...

- \* ca. 1,3 Mio. Selbstständigen in Ein-Mann-Betrieben in den Bereichen Handwerk, Handel und Verkehr
- \* ca. 120.000 Eigentümern von Betrieben mit bis zu 10 Beschäftigten vor allem in den Wirtschaftssektoren Textil-, Schuh-, Teppich- und Nahrungsmittelindustrie; zu ihnen gehören auch die traditionellen Bazar-Großhändler
- \* ca. 8.000 Eigentümer von Betrieben mit bis zu 100 Beschäftigten in fast allen Wirtschaftssektoren.

In der Schah-Diktatur kam nur die politische Herrschaft einer winzigen Clique zum Ausdruck, die das Land bis zum letzten Tropfen aussaugte: der nationalen Großbourgeoisie, die sich aus maximal 500 Eigentümern aller Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten zusammensetzt; der riesigen Schah-Clique und seiner Hofschranzen; der korrupten Spitzen von Militär und Verwaltung; sowie der wenigen multinationalen Konzerne, die wichtige Schlüsselzweige der Wirtschaft dominierten.

Die Interessen der nationalen Großbourgeoisie und der multinationalen Konzerne wurden vom Staat des Schahs durch ein ausgeklügeltes Schutzzollsystem geschützt. Innerhalb des Landes waren die Monopole somit in der Lage (im Gegensatz zum Weltmarkt), durch ihre überhöhten Monopolpreise Superprofite aus allen anderen Schichten der Bevölkerung herauszuquetschen. Die in den letzten Jahren wuchernde Bodenspekulation sorgte dafür, daß städtische Arbeiter für Wohnungsmieten bis zu 70 % ihres Einkommens bezahlen mußten! Dabei darf man dies nicht mit westlichen Maßstäben messen: 40 % aller Teheraner wohnen mit ihrer ganzen Familie (bis zu 8 Köpfe) in einem einzigen Raum, meistens in den Slum-Vierteln.



Schah-Denkmal wird demontiert

So ist es nicht verwunderlich, daß diese Schichten des Mittelstandes und der kleineren Bourgeoisie immer mehr in Opposition zum Schah-Regime gerieten, in dem ihre Interessen nicht zum Zuge kamen. Sie wurden von den Monopolen ruiniert. Sie sanken teilweise ins Proletariat hinab. Die Bazar-Händler wurden von staatlich geförderten US-amerikanischen Supermarktketten in den Bankrott getrieben. Folglich war es nur konsequent, daß sie die religiöse Opposition Khomeinis und die politische Opposition der INF massiv finanzierten.

## Bürgerliche Revolution

Ihre politischen Ziele waren von Anfang an begrenzt: Nicht die Ausbeutung abschaffen - sondern die Beute gerechter verteilen; nicht

die multinationalen Konzerne und die Großbourgeoisie enteignen - sondern sie in ihre Schranken verweisen, kontrollieren und in ihrer Macht begrenzen; nicht die absolute Monarchie stürzen - sondern sie "durch eine konstitutionelle Monarchie ersetzen", in der ein gewähltes, aber von ihnen kontrolliertes Parlament die eigentliche Macht ausübt; nicht den Kapitalismus insgesamt stürzen - sondern das System liberalisieren; nicht die Klassengesellschaft endgültig überwinden - sondern die Diktatur einer kleinen Clique von Großkapitalisten durch die politische Herrschaft der gesamten Kapitalistenklasse zu ersetzen.

Diese Klasseninteressen kommen in dem Programm der INF eindeutig zum Ausdruck, in dem eine "bürgerliche Demokratie nach westlichem Vorbild" angestrebt wird.

Eine solche politische Revolution ist jetzt nach ihrer Auffassung weitgehend vollzogen: der Schah ist gestürzt; die schah-treuen Elemente sind aus Verwaltung und Armeespitze weitestgehend gesäubert; die politische Vertretung der Kapitalisten-"Masse" sitzt in Form der INF in den wichtigsten Ministerresseln; Khomeini und die anderen religiösen Führer unterstützen die neue Regierung Bazargan vorbehaltlos; Jeder weitergehende Schritt würde ihr Ziel überschreiten, der in einem politischen Machtwechsel bei einer grundsätzlichen Erhaltung des kapitalistischen Systems liegt. Jetzt ist ihre einzige Sorge: die Massen müssen wieder unter Kontrolle, die Revolution so schnell wie möglich zum Ende gebracht werden!

Deshalb folgte sofort nach dem Machtwechsel eine Serie von Appellen, die gemeinsam von Bazargan und Khomeini verfaßt wurden: "Die Streiks beenden, die Arbeit wieder aufnehmen, die Waffen abliefern, Ruhe und Ordnung herstellen! Desertierte Soldaten müssen sich wieder in ihren Kasernen zum Dienst melden!" Doch die Massen sehen die Dinge anders. Von Anfang an stößt die Regierung in all diesen Punkten auf eine Reihe von Widerständen:

1) Die Wiederherstellung des militärischen Machtausübungsapparats verläuft nicht reibungslos. Ca. ein Drittel der Soldaten ist immer noch nicht in ihre Kasernen zurückgekehrt. Überall sind inzwischen revolutionäre Soldatenkomitees entstanden, die teilweise ihre Offiziere selbst wählen und Forderungen stellen. 2) Die heutige Armee muß vollständig aufgelöst werden. 3) An ihre Stelle soll eine revolutionäre Miliz zum Schutz der Revolution treten. 4) Alle Mitglieder der Streitkräfte sollen Revolutionskomitees bilden. 5) Diese Komitees sollen ihre Offiziere selbst wählen. 6) Diese Komitees sollen sich untereinander zusammenschließen. 7) Alle reaktionären Offiziere, die die Verantwortung für die vergangenen Gemetzel an der Bevölkerung tragen, müssen vor Gericht gestellt werden.

Innerhalb von 2 Wochen wurden 3 verschiedene Luftwaffenkommandeure ernannt, die alle wieder abgesetzt werden mußten, da die Luftwaffensoldaten mit keinem von ihnen einverstanden waren.

Die Arbeit wurde noch nicht wieder aufgenommen. Trotz eindringlicher Appelle Khomeinis, der es zur "Sünde" erklärt hat,

weiterzustreiken, beharren z. B. die Erdölarbeiter auf ihren Forderungen: die Ölindustrie soll lückenlos verstaatlicht werden; sie wollen in Zukunft weitgehende Mitbestimmungsrechte über die Produktion erhalten; sie wollen ihre Direktoren selbst wählen; sie verlangen eine Gewinnbeteiligung und weitgehende Einkommensumverteilung. - Die Beschäftigten des staatlichen Fernsehens streiken schon am 12. 2. wieder gegen die Einsetzung des Khomeini-Sprechers Ghotbzadeh als Direktor. Der stellvertretende Ministerpräsident Entezam hat sich öffentlich über die "Unfolgsamkeit" der Arbeiter beschwert: "Keiner der großen Betriebe des Landes arbeitet, denn die Arbeiter verbringen den größten Teil ihrer Zeit damit, in Versammlungen die politischen und sozialen Probleme zu erörtern, und Arbeiterausschüsse müssen zunächst einmal alle Anordnungen prüfen und gut heißen, ehe sie durchgeführt werden können." (Handelsblatt vom 13. 3. 79) In Täbriz hält die Bevölkerung die petrochemischen Industrieanlagen in der Stadt besetzt und fordert ihre Verstaatlichung und die Kontrolle durch die Arbeiterkomitees.

Die bewaffneten Arbeiter wollen ihre Waffen nicht freiwillig zurückgeben. Sie könnten nur mit Gewalt dazu gezwungen werden. Sie haben vorher mit leeren Händen oder höchstens mit Knüppeln bewaffnet gekämpft. Also sind für sie die eroberten Gewehre ein Faustpfand und ein Hindernis für die Reaktion. Man schätzt, daß es in Teheran alleine etwa 70 000 bewaffnete Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten gibt. Die ehemalige Geheimpolizei SAVAK ist in alle Winde zerstoßen. Wer also sollte ihre Entwaffnung erzwingen?

Unter den nationalen Minderheiten Irans, vor allem unter den Kurden, Belutschen und den Azerbeidschanis sind Unabhängigkeitsbestrebungen im Gang, welche die Zentralregierung in Teheran mit Gewalt zu unterdrücken versucht.

## Doppelherrschaft

Es gibt im heutigen revolutionären Iran erstaunlich weitgehende Parallelen zur Situation in Rußland nach der Februarrevolution 1917: Ein spontaner Aufstand der Massen (mit einer führenden Rolle der Arbeiterklasse) hat die alte kaiserliche Tyrannei gestürzt und eine provisorische, bürgerliche Regierung an die Macht gebracht, die den Umsturz gar nicht gewollt hat, die aber jetzt alles in ihrer Macht stehend versucht, um die Revolution zum Stillstand zu bringen und den alten Staatsapparat nach einer Säuberung so unverändert wie möglich zu erhalten. Nur - die Macht der neuen Regierung ist nicht sehr groß! Sie wird bedroht durch eine Macht, die am anderen, unteren Ende der Gesellschaft im Entstehen begriffen ist: Die Macht der revolutionären Arbeiter- und Soldatenkomitees. Die Elemente der Doppelherrschaft sind im Iran heute fast ebenso ausgeprägt wie in Rußland vom Februar bis zum Oktober 1917.

Die iranischen Massen scheinen nicht bereit zu sein, jetzt wieder sang- und klanglos an die Arbeit zurückzukehren, ohne daß ihre ökonomischen, politischen und



# UND BAUERNRÄTE!

sozialen Forderungen erfüllt sind. Doch Khomeini und Bazargan können ihnen keine wirksame Kraft entgegensetzen. Auf Khomeinis Kommando hören nur einige ihm ergebene religiöse moslemische Guerillas. Die Regierung (ebenso wie die Kerensky-Regierung in Rußland 1917) existiert in einem Machtvakuum. Sie kann nur so lange überleben, wie die Arbeiter- und Soldatenkomitees nicht bewußt organisiert und koordiniert die gesamte Macht in ihre Hand nehmen. Deshalb wird sie auch weiterhin versuchen, den Einfluß dieser Komitees zu untergraben, sie mit taktischen Zugeständnissen zu beruhigen und sich selbst durchzumantörieren, bis die Gelegenheit günstig genug ist, die konkurrierende Herrschaftsform der Massen ganz zu entmachten.

Einige Zugeständnisse hat die Regierung schon machen müssen: Das Vermögen der Schah-Familie wurde beschlagnahmt; die Kaiserliche Garde wurde nach anfänglichen Zögern unter dem Druck von unten aufgelöst. Bei der Säuberung der Armee mußte sie mit der Absetzung von jetzt bereits mehr als 130 Generälen viel weiter gehen, als sie ursprünglich wollte.

In den nächsten Monaten wird es zu Konflikten zwischen den beiden Herrschaftsformen kommen: der offiziellen bürgerlichen Regierung mit ihren staatlichen Organen einerseits und den Basis-Komitees in Betrieben, Stadtvierteln und Kasernen andererseits. Die ersten Spannungen werden bereits bei verschiedenen Gelegenheiten sichtbar.

In Rußland dauerte die Phase der Doppelherrschaft genau acht Monate - von Februar bis Oktober 1917. In diesem relativ kurzen Zeitraum gelang es den Bolschewiki (angesichts der totalen Unfähigkeit der provisorischen Regierung unter Kerenski, die Bedürfnisse der Massen zu erfüllen) durch ihre konsequente Propagandarbeit, die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse hinter ihrem Programm zu vereinen, die provisorische Regierung zu stürzen und alle Macht in die Hände der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu legen. So wurde in Rußland die demokratischste Herrschaftsform errichtet, die die Menschheitsgeschichte gesehen hat (später wurden diese Räte durch die stalinistische Bürokratie wieder zerstört - ein Prozeß, dessen Ursachen an dieser Stelle nicht analysiert werden können).

## Führung

Im Iran ist keine politische Organisation sichtbar, die in die Fußstapfen der Bolschewiki treten könnte. Deshalb wird es bis zum iranischen "Oktober" wahrscheinlich noch länger als 8 Monate dauern. Die moskau-orientierte "Tudeh-Partei" (KP) unterstützt fast kritiklos den Kurs Khomeinis. Die maotistische "Iranische Kommunistische Partei" (M/L) befindet sich ebenfalls im Schlepptau der Ajatollahs. Wegen des Fehlens einer bewußten Führung der Arbeiterklasse wird die iranische Revolution ein in die Länge gezogener Prozeß sein, der sich (ähnlich wie die spanische Revolution 1931-1939) über 5 bis 10 Jahre erstrecken kann. In dieser Zeit wird es noch viele Gelegenheiten geben, eine konsequente marxistische Partei aufzubauen. In dieser Periode kann es durchaus (wie innerhalb der spanischen Revolution) auch Phasen der Stagnation und sogar der Reaktion geben. Für den nächsten Zeitraum ist allerdings wegen der Stärke der Arbeiterklasse, dem Selbstbewußtsein der Massen und der Zersetzung der Armee eine offene militärische Konterrevolution ausgeschlossen. Der internationale Imperialismus hat sich - außer leeren Drohungen - als ohnmächtig erwiesen. Er kann nicht direkt intervenieren. Er muß seine ganzen Hoffnungen auf Bazargan setzen, dessen Versuche, eine "pro-

westliche Haltung" zu zeigen, mit Freude registriert wurden. Die Kräfte für den Aufbau einer marxistischen Partei könnten aus den Reihen der "Volksfedayin" kommen. Diese zentristische Organisation hat schon einen beträchtlichen Rückhalt unter den Erdölarbeitern. Doch ihr Programm ist noch zu unklar, ihre Forderungen noch nicht konsequent genug, ihre Perspektiven zu verschwommen. Auf einer von ihnen organisierten Demonstration von mehr als 20.000 Menschen, forderten sie eine Beteiligung an der Bazargan-Regierung.

## Programm

Aber eine echte marxistische Partei würde nicht einen Sitz in Khomeinis Revolutionsrat oder in Bazargans Kabinett verlangen. Sie müßte ihr gesamtes Vertrauen in die Arbeiterklasse setzen. Sie müßte - wie Lenin und die Bolschewiki - den Arbeitern immer wieder sagen: "Habt kein Vertrauen in diese Regierung! Verlaßt euch einzig und allein auf eure eigene Stärke! Baut eure Arbeiterräte und -komitees überall auf, erwidert und stärkt sie und nehmt Verbindungen mit anderen Komitees auf! Auf diese Weise könnt ihr die Macht erobern, und nur eure Machteroberung ist der Weg zum Sieg!"

Eine marxistische Partei würde ein politisches Programm ausarbeiten, das die Interessen der Massen zum Ausdruck bringt. Sie würde anfangen mit der Forderung nach Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Demonstrationsfreiheit; nach dem Recht, sich frei organisieren zu können; nach freien Wahlen und nach all den anderen Errungen-schaften der bürgerlichen Freiheiten, welche die Arbeiter im West-

nach generationslangen Kämpfen gewonnen haben. Sie würden jedoch nicht dabei stehen bleibe: einen garantierten Mindestlohn und einen 8-Stunden-Tag bei einer 5-Tage-Woche wäre ebenso wie eine gleitende Lohnskala, die an die Inflationsrate angeglichen ist, auf ihren Banner geschrieben. Diese Forderungen wären verbunden mit der Forderung nach einer revolutionären verfassungsgebenden Versammlung, nach der entschädigungslosen Enteignung des Auslandskapitals, der 500 Superreichen und der korrupten Clique, die die iranischen Massen so lange ausgequetscht haben. Die Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrien; für eine demokratische Planwirtschaft; Arbeiterkontrolle und -verwaltung in den Fabriken, Banken, Büros und im Staat. Eine echte Landreform; enteignet die schmarotzerischen Großgrundbesitzer und gibt das Land den Bauern, die es bearbeiten! Für eine Arbeiterregierung. Um diese Forderungen zu erfüllen, wäre es notwendig, Aktionskomitees von Arbeitern zu gründen, vorzuschlagen, daß diese Komitees auf die kleinen Ladenbesitzer und auf andere Selbstständige, auf die Streitkräfte und Bauern ausgedehnt werden und untereinander Verbindungen herstellen. Lenins Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker war eine mächtige Waffe der russischen Revolution. Marxisten im Iran sollten ebenfalls diese demokratischen Rechte der nationalen Minderheiten verteidigen, gleichzeitig aber für die Einheit der Arbeiterklasse kämpfen. Mit einem solchen Programm könnte sich eine Organisation von einigen Tausend in kurzer Zeit zu einer

## Perspektiven

Massenpartei entwickeln und eine echte Arbeiterdemokratie im Iran errichten. Sollte der Aufbau einer marxistischen Tendenz im Iran nicht gelingen, dann ist es möglich, daß das Vakuum von anderen Kräften ausgefüllt wird. Unter dem spontanen Druck der radikalisierten Massen und angesichts der Sackgasse eines halbkolonialen Land unter den Bedingungen einer Weltwirtschaftskrise könnte ein bonapartistisches Regime gezwungen sein, das kapitalistische Eigentum abzuschaffen und einen Staat zu errichten, der ohne die Kontrolle der Massen in seinen Grundlagen einem stalinistischen System wie in Rußland oder China gleicht, jedoch mit der Ideologie eines "islamischen Sozialismus" verkleidet sein würde. Dieser Möglichkeit steht jedoch die Stärke und das Klassenbewußtsein des jungen iranischen Proletariats entgegen. Es würde sich nicht ohne Kampf in einer stalinistischen Diktatur unterjochen lassen. In seinem mehrmonatigem Generalstreik hat es seine Kampfkraft und seine Fähigkeit bewiesen, sich zu organisieren. Jetzt entwickeln sich, zum ersten Mal seit Jahrzehnten, wieder Gewerkschaften. In der neuen und freieren Atmosphäre wachsen sie schnell zu Massenorganisationen an. Der Schlüssel für die zukünftige Entwicklung des Irans liegt bei der Arbeiterklasse!

Im heutigen Iran sind die Massen äußerst radikalisiert. Dies spiegelt sich sogar in der religiösen Opposition wieder: deren linker Flügel propagiert einen "islamischen Sozialismus". Ihr Sprecher, Bali Sandr, ein Berater Khomeinis, tritt für die "Abschaffung des Privateigentums, für die Errichtung von Gemeineigentum und für einen 'dritten Weg' zwi-

schen Kapitalismus und Kommunismus" ein. Khomeini selbst enthält in seinen Schriften ein total reaktionäres und zugleich utopisches Programm: Er will zu einem religiösen Regime einer ferneren Vergangenheit zurückkehren, in dem die muslimische Hierarchie eine erhebliche Machtstellung im Iran innehatte. Er hat im Prinzip nichts gegen die kapitalistischen Eigentumsrechte, außer daß er jegliche Zinsen abschaffen will. Doch der Kapitalismus kann ohne Zinsen nicht funktionieren. Wenn der Ayatollah also auf kapitalistischer Grundlage seine Macht und seinen Einfluß bewahren will, dann wird er unvermeidlicherweise einen Kniefall vor den iranischen und internationalen Bankiers machen müssen.

Vor seiner Abreise befahl der Schah seinen Generälen in einer geheimen Sitzung: "Ihr müßt 2 Mio. töten, um die aufrührerische Masse zu befrieden und die Kontrolle wieder herzustellen." Heute liegt sein Regime auf dem Müllhaufen der Geschichte. Die Kapitalisten und Großgrundbesitzer wären sogar (wie in Hitler-Deutschland und Franco-Spanien) zu noch größerem Blutvergießen bereit, wenn sie die Gelegenheit hätten, dadurch ihr System vor dem Sieg der Revolution zu retten.

Doch jetzt haben die iranischen Massen selbst ihr Schicksal (und viele Waffen) in der Hand. Tagtäglich diskutieren sie, denken nach, ziehen Schlußfolgerungen, lernen die Lektionen aus ihren Erfahrungen und versuchen, einen alternativen Weg zu finden. Wenn sie aus ihrer Mitte eine marxistische Führung hervorbringen, dann wird die sozialistische Revolution im Iran siegreich sein. Die Massen, bewaffnet mit richtigen Perspektiven, mit klaren Zielen vor Augen und für Aktionen mobilisiert, sind unbesiegbar!\*

Von Ulf Reteckipf

# FRANKREICH: REBELLION DER STAHLARBEITER

Arbeiter stürmen die Zentrale ihres Arbeitgeberverbandes, Straßensperrungen werden errichtet, ein besetzter Fernsehsender, Straßenschlachten mit der Polizei. Über einen von Arbeitern eingerichteten Radiosender werden Informationen über den Verlauf des Widerstandes gegen geplante Massenentlassungen verbreitet.

Diese Aktionen werfen ein krasses Licht auf die Ausweglosigkeit, vor der die Stahlkocher Lothringens stehen. Die offenen Auseinandersetzungen in Longwy bilden das vorläufig letzte Glied in einer Kette von eintägigen Generalstreiks, Warnungen vor einer sich verschärfenden Stahlkrise und Demonstrationen, die auf die sich rapide verschlechternden sozialen Verhältnisse hinweisen sollten, jedoch ungehört blieben.

Es wurden weiterhin Subventionen in Milliardenhöhe in die Stahlindustrie gesteckt, obwohl dadurch kein einziger Arbeitsplatz gesichert worden wäre. Im Gegenteil. Das Verhältnis von Subventionen und vernichteten Arbeitsplätzen spricht für sich:

- 1970: 2,6 Mrd. Francs Subventionen. 10.000 Arbeitsplätze vernichtet!
- 1975: 1,5 Mrd. Francs Subventionen. 3.500 Arbeitsplätze vernichtet!
- 1977: 2 Mrd. Francs Subventionen. 16.000 Arbeitsplätze vernichtet!

Schließlich stellte die Regierung 1978 die wichtigsten - jedoch bankrotten - Stahlunternehmen unter "Staatskontrolle", um mit Hilfe von Steuergeldern jetzt das durchzuführen, wofür die Stahlbarone kein Geld ausgeben wollten: bis Ende 1980 sollen 21.000 Stahlkocher entlassen werden.

Besonders drastisch wirkt sich diese Wirtschaftspolitik in Lothringen aus. Einer ganzen Region, die hauptsächlich von der Stahlproduktion lebt, droht die Verelendung. So sollen in den Städten

Longwy	7.342
Rombas	4.256



Französische Polizei verprügelt Stahlarbeiter

Hayange 3.845 Arbeiter entlassen werden. Die Radikalisierung hat ebenfalls den Mittelstand ergriffen. Ärzte, Rechtsanwälte und Kleinhandlärer demonstrieren mit den Arbeitern für die Erhaltung der Arbeitsplätze.

Durch mehrere Massendemonstrationen, mit bis zu 80.000 Teilnehmern allein in Metz, geben die Stahlarbeiter ihren Gewerkschaften die nötige Rückendeckung und machen den Stahlbaronen klar, daß sie nicht bereit sind, über die Entlassungen zu verhandeln. Selbst in den eigenen Reihen werden Betriebsratssitzungen, wo über das Wie und Wann der Entlassungen verhandelt werden soll, von Arbeitern gesprengt. Wie beim erst kürzlich beendeten Stahlstreik in NRW, so geraten auch in Lothringen gemäßigte Gewerkschaftsführer unter den Druck der Basis und sehen sich dazu genötigt, wortradikaler aufzutreten. Teilweise werden "Aktionen von einer gewissen Gewalt" angekündigt.

Die Kommunistische Partei (KP) und die Sozialistische Partei (SP) unterstützen halbherzig

den Widerstand der Stahlarbeiter. Es wird zwar viel geredet aber wenig getan und mobilisiert. Und das in einer Situation, wo das Lager des Gegners zunehmend unsicherer wird. Die vielen Flügel der bürgerlichen Parteien auf politischer Ebene verdeutlichen diese Zerrissenheit.

Geblendet durch die Verhältnisse im Parlament verweist zum Beispiel die SP darauf, daß sie nicht über die nötige Mehrheit verfüge, um die Stahlarbeiter zu unterstützen und sie sich daher nicht zu sehr auf ihre Hilfe verlassen könnten. Hier wird übersehen, daß das Ende einer verlorenen Wahl (Parlamentswahl 1978) nicht gleichzeitig das Ende des Klassenkampfes bis zur nächsten Wahl in 5 Jahren bedeutet. Zum Ergebnis des Wahlausgangs '78 meinte ein weitsichtiger Kommentator: "Mit dem zweiten Wahlgang sind die Wahlen nicht beendet. Ein dritter steht bevor, doch er wird auf der Straße ausgetragen werden."

Die politischen Vertreter der Arbeiterbewegung erhalten für ihre beschwichtigende Politik jetzt die Quittung. So mußten von Marchais (Führer der KP) einige innerparteiliche Zugeständnisse gemacht werden. Mitglieder können ihre Meinung viel offener sagen, ohne aus der Partei ausgeschlossen zu werden, falls diese Kritik führenden Genossen nicht passen sollte. In der SP verschafft sich ein anwachsender linker Flügel um die sogenannte CERES-Gruppe größeres Gehör.

Doch die oppositionellen Stimmen in den Arbeiterparteien sind noch zu schwach. Sie konnten nicht verhindern, daß während der Parlamentswahlen 1978 sich die Führungen von KP und SP in bürokratischen Eifersüchteleien zergingen. Sie stritten sich, wie hoch die Anzahl der verstaatlichenden Unternehmen sein kann, ohne die Privatwirtschaft aus dem Gleichgewicht zu bringen. Die Resultate der "verstaatlichten" Unterneh-

men innerhalb eines kapitalistischen Rahmens und ohne demokratische Arbeiterkontrolle- und verwaltung zeigen sich jetzt in Lothringen.

Wenn die Aktionen der Stahlarbeiter nicht verpuffen sollen, muß sich die bisherige Politik der KP und SP sowie der von ihnen gesteuerten Gewerkschaften CGT und CFDT ändern. Die Politik des friedlichen Zusammenlebens mit den Kapitalisten muß zurücktreten zugunsten der Mobilisierung aller Arbeiter nicht nur für einzelne Verstaatlichungen, sondern für die umfassende Verstaatlichung aller Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung bei gleichzeitiger Errichtung und Durchführung eines demokratischen und rationalen Produktionsplans. Denn solange bürgerliche Regierungen Wirtschaftsbetriebe verstaatlichen, sind die Arbeiter noch längst nicht vor Entlassungen sicher. Ein erster Schritt in Richtung Mobilisierung wäre eine offene Diskussion über Strategie, Programm und Ziele in den Organisationen der Arbeiterbewegung, deren Ergebnisse dann die Grundlage für ein marxistisches Programm bilden.

Wenn die Arbeiter von Lothringen es durch ihre lokal begrenzte Aktionen geschafft haben, daß die Regierung die Entlassungen erst einmal verschiebt, was könnte mit einem gemeinsamen Kampfprogramm erreicht werden, dessen Durchführung nicht von gemäßigten Gewerkschaftsführern blockiert und von nur nach parlamentarischen Mehrheiten schielenden Arbeiterführern verwässert würde?

Ein erfolgreicher Kampf der Stahlarbeiter gegen Massenentlassungen sowie die Ausweitung dieses Kampfes gegen die Kapitalisten insgesamt, könnte eine große Signalwirkung für die europäische Arbeiterbewegung haben, die heute überall mit den gleichen Problemen konfrontiert wird.\*

Ingolff Becker

# INDOCHINA: DIE BÜROKRATISCHEN WURZELN DES KONFLIKTS

Von Hans Gerd Öfinger  
Mitglied der SPD und  
IG Druck und Papier

Südostasien kommt nicht zur Ruhe. Nach praktisch ununterbrochenem Kampf gegen imperialistische Fremdherrschaft und der erfolgreichen Vertreibung der japanischen, französischen und US-amerikanischen Imperialisten macht das frühere Indochina (Vietnam, Kambodscha und Laos) seit einigen Wochen wieder Schlagzeilen in der bürgerlichen Welt. Die kapitalfreundlichen Pressezeitschriften und Meinungsmacher lachen sich ins Fäustchen; hier findet doch tatsächlich ein bewaffneter kriegerischer Kampf zwischen zwei Staaten statt, die sich beide "sozialistisch" nennen. Und mancher Jugendliche und sozialistisch gesinnte Arbeiter hier in der BRD wird eine echte, handfeste Erklärung dafür haben wollen. In der Tat wirft dieser Konflikt eine Reihe von grundsätzlichen Fragen auf, die auch wir als Sozialisten und Gewerkschafter in Europa verstehen müssen.

Dieser offen ausgebrochene chinesisch-vietnamesische Konflikt ist nicht der erste in der Geschichte von angeblich "sozialistischen" Staaten. 1968 marschierten Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR ein, vor rund einem Jahr führten Äthiopien und Somalia einen Krieg um den Ogaden. Zwischen China und der UdSSR kam es 1970/71 zu Grenzkonflikten entlang der Flüsse Amur und Ussuri, weil Mao Tsung ein Gebiet zurückforderte, das sich das russische Zarenreich im letzten Jahrhundert angeeignet hatte. Die rumänische Bürokratie fordert von der Sowjetunion das ehemalige Bessarabien zurück, und Bulgarien will das weitgehende zum jugoslawischen Staat gehörende Mazedonien wieder sich selbst einverleiben. Konflikte über Konflikte, die letztlich nur eines bewirken können: die Ideale des Sozialismus, des Internationalismus und der internationalen Arbeitersolidarität in Verruf zu bringen. Denn die herrschende Bürokratie dieser Staaten betreibt nichts anderes als eine rein nationalistische, engstirnige Machtpolitik, die mit den Lenin'schen Grundsätzen des proletarischen Internationalismus gar nichts mehr zu tun hat.

Aber gleichzeitig steht für Marxisten eines fest: Diese Staaten sind in einem entscheidenden Punkt dem Kapitalismus um eine Etappe voraus. Das industrielle Privateigentum und der Großgrundbesitz sind endgültig abgeschafft. Doch abgesehen von diesen grundsätzlichen Gesichtspunkten bieten sie das Bildabschreckender Polizei- und Militärdiktaturen.

Deshalb kann es für uns auch nicht darum gehen, in solchen Konflikten zwischen engstirnigen stalinistischen Bürokratien kritiklos die eine oder die andere Seite zu unterstützen. Wer, wie die DKP, völlig unkritisch sich auf die vietnamesische Seite schlägt, und China als "Aggressor" verurteilt, der muß sich in seiner eigenen Logik fragen lassen: Wo blieb dann euer Protest gegen den Einmarsch Vietnams nach Kambodscha?

Bis in die 40er Jahre war die Sowjetunion weltweit der einzige Staat, in dem Kapitalismus und Großgrundbesitz abgeschafft und eine zentrale Planwirtschaft eingeführt wurde. Aber gleichzeitig waren mit dem Aufstieg der stalinistischen Bürokratie alle Elemente einer gesunden Arbeiterdemokratie vernichtet worden.

Der Ausgang des 2. Weltkrieges stärkte den Stalinismus auf Weltenebene. In den Jahren nach 1945 wurden in ganz Osteuropa, in Jugoslawien und Albanien, schließlich auch in China Staaten nach dem Vorbild des stalinistischen Rußlands aufgebaut. Jedoch hat in keinem dieser Länder - im Gegensatz zur UdSSR - eine echte Arbeiterdemokratie bestanden.

Alle diese Staaten waren von Anfang an bürokratisch entartete Arbeiterstaaten (nicht nach dem Modell Rußlands von 1917 - 23, als es unter der Führung von Lenin und Trotzki noch eine verhältnismäßig gesunde Arbeiterdemokratie war, sondern nach dem Vorbild Moskaus von 1945, als die schmarotzerische Bürokratie mit Stalin an der Spitze schon längst fest im Sattel saß).

In diesen stalinistischen Staaten konnten die engen Schranken der früheren Nationalstaaten niemals überwunden werden. Im Ge-

genteil: Die Grenzen, welche die Produktivkräfte nur hemmen, wurden befestigt und zementiert. Warum?

Wie jeder anderen Gesellschaft, die nicht klassenlos ist, ist auch in der heutigen UdSSR und in den anderen nach 1945 entstandenen bürokratisch entarteten Arbeiterstaaten der Staatsapparat das Machtorgan der Herrschenden. Allerdings ist in diesen Ländern die herrschende Schicht (im Gegensatz zu den kapitalistischen Gesellschaften) aus den Spitzen der Staats-, Partei-, und Militärbürokratie zusammengesetzt. Über diesen Leuten steht keine andere Macht mehr. Sie sind auf bonapartistischer Weise die oberen Herren der Gesellschaft.

Im Kapitalismus bilden die Unternehmer die herrschende Klasse; ihr Machtinstrument ist die staatliche Bürokratie. In stalinistischen Staaten ist die staatliche Bürokratie die einzige herrschende Schicht, sie ist sich selbst ihr eigenes Machtinstrument. Deshalb ist sie untrennbar mit dem Nationalstaat verflochten und an ihn gefesselt. Jede nationale Bürokratie hat auch einen nationalen Staatsapparat der ihren eigenen nationalen Machtbereich kontrolliert, in dem es ihre Interessen und Privilegien zu verteidigen gilt. Deswegen hat jede Bürokratie nach 1945 die Theorie vom Sozialismus in einem Land für sich in Anspruch genommen und in ihrem Land zur Anwendung gebracht. Diese Theorie bringt jedoch nicht die internationalen Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck, sondern die elitären Interessen jeder einzelnen nationalen Bürokratie für sich.

Nach dem 2. Weltkrieg war jede dieser neu entstandenen Bürokratien in erster Linie daran interessiert, ihren eigenen Machtbereich als Grundlage ihrer Privilegien zu sichern. Doch ihre Interessen standen des öfteren entgegen und führten zum Konflikt. So kam es schon sehr schnell zur Spaltung des stalinistischen Lagers, die sich auch in der kommunistischen Bewegung außerhalb dieser Länder wieder spiegelte.

Titos Jugoslawien distanzierte sich in den frühen 50er Jahren von Moskau, zum Bruch zwischen Peking und Moskau kam es um 1960, Albanien hat sich inzwischen wieder von China losgelöst, Rumänien versucht, mit Moskau und Peking gleichermaßen gute Beziehungen zu pflegen. All diesen Konflikten zum Trotz waren sich jedoch die Herren Bürokraten einig, als es um ihre gemeinsamen Interessen ging: Sie unterstützten ausnahmslos 1956 die Niederschlagung der ungarischen Revolution (der Arbeiter gegen die Bürokratie) mit Hilfe russischer Panzer und die Zerschlagung der Arbeiterräte, die die Grundlage für eine echte sozialistische Arbeiterdemokratie in Ungarn gewesen wäre.

## SPALTUNG

Zum Bruch zwischen Peking und Moskau kam es, als in den späten 50er Jahren die sowjetische Bürokratie ohne Absprache mit China versuchte, bessere wirtschaftliche und politische Beziehungen zum kapitalistischen Westen herzustellen. Die chinesische Bürokratie versuchte, mit radikalen Phrasen über angebliche "ideologische Konflikte" sich vor allem in der 3. Welt zu

profilieren und den Maoismus zum "Leuchtturm des Sozialismus" zu küren.

Großzügige "Internationalisten" waren die chinesischen Führer aber nur dann, wenn es darum ging reaktionäre Regimes und Bewegungen in der 3. Welt zu stützen: Jemen, Afghanistan, Ceylon, Pakistan, den Sultan von Sansibar in den 60er Jahren, die chilenische Militärjunta, die angolische prowestliche FNLA . . . in den 70er Jahren.

Dagegen sind sie engstirnige Nationalisten, wenn es um andere, vor allem benachbart stalinistische Staaten geht. Doch die moskauer Stalinisten haben absolut keinen Grund, demagogisch die reaktionäre pekinger Außenpolitik zu kritisieren. Denn sowohl die russische wie auch die chinesische Büro-



kratie stützten noch bis vor wenigen Monaten das Regime des Schah von Persien.

Doch zurück zu Indochina: 1930 wurde die Indochinesische Kommunistische Bewegung gegründet, die sich damals eine Förderung von ganz Indochina zum Ziel setzte. 1941 jedoch teilte sie sich in verschiedene Bestandteile auf, und 1951 kam es dann zur endgültigen Trennung.

Die kambodschanische Partei spaltete sich parallel zur Spaltung Peking-Moskau in zwei Teile: Die Roten Khmer (China-freundlich) und die Khmer Vietminh, die sich an Vietnam und der UdSSR orientierten. Die Roten Khmer waren die Hauptkraft, die 1975 das von den USA eingesetzte Marionettenregime Lon Nol endgültig stürzte und so nach ihrem Sieg die neue Regierung unter Pol Pot bildete.

Die bürgerliche und die Moskau-freundliche Weltöffentlichkeit hat sich in den letzten drei Jahren lautstark über die Grausamkeiten und Zwangsdeportationen dieses Regimes empört. Aber solche Vergewaltigung der Menschenrechte kennen wir nicht erst seit dem Pol Pot-Regime, sondern wir kennen sie aus der gesamten Geschichte des Kapitalismus wie des Stalinismus in den 30er Jahren. Diesen bürokratischen Zwangsverschickungen auf das Land lag nicht die tyrannische Gesinnung eines führenden Bürokraten zugrunde, sondern in erster Linie die katastrophale Ernährungslage im Lande (nachdem seit 1975 viele Menschen vom Land vor allem in die Hauptstadt Pnom Penh geströmt waren) und der Versuch, diese auf nationalistischer Grundlage zu lösen. Die vietnamesisch-kambodschanischen Beziehungen verschlechterten sich laufend, bis schließlich Anfang dieses Jahres eine vietnamesische Invasion in Zusammenarbeit mit

der Moskau-freundlichen "Nationalen Einheitsfront, CNUFNS" das Regime Pol Pot aus Pnom Penh in den Untergrund der weiten Dschungellandschaft vertrieben.

Die Abschüttelung des US-amerikanischen Imperialismus durch das vietnamesische Volk wurde noch bis Mitte der 70er Jahre sowohl von Moskau wie auch von Peking wirtschaftlich, technisch, wie auch mit Waffenlieferung unterstützt. Die Chinesen wollten hauptsächlich eines verhindern - nämlich das Vordringen amerikanischer Truppen bis vor die eigene Haustüre. Auch die USA wollten ebensowenig China in den Krieg mit einbeziehen und beschränkten sich deshalb darauf, Nordvietnam aus der Luft zu bombardieren, anstatt mit Landstreitkräften einzumarschieren.

verlorenen Krieg an Vietnam abtreten mußte. Und die vietnamesische Bürokratie hatte vor wenigen Wochen nichts Besseres zu tun als den 190. Jahrestag des Sieges über die chinesischen Eindringlinge groß zu feiern.

Solche Manöver auf beiden Seiten haben nichts mit sozialistischer internationalistischer Politik zu tun. Übertragen auf Europa wären sie vergleichbar mit einem Dauerkonflikt zwischen Frankreich und Deutschland um Elsaß-Lothringen, mit Gedenkfeiern zum deutsch-französischen 70er Krieg im vorigen Jahrhundert und dem Sedans-Tag . . . Selbst die bürgerlichen Demokraten in Europa sind in ihrem Sinn gegenwärtig 100 mal internationalistischer als die angeblichen Kommunisten Südostasiens.

Es steht zweifellos fest, daß sich die chinesische Bürokratie mit solchen Manövern vor den kapitalistischen Handels- und Gesprächspartnern als ernstzunehmende Weltmacht profilieren will. Auch der Leitsatz der chinesischen Außenpolitik, alles zu tun, was der russischen Bürokratie schaden könnte, hat hier eine Rolle gespielt

## LÖSUNG

Aber für Marxisten kann es nicht darum gehen, einfach auf moralischer Grundlage den "Aggressor" zu verurteilen. Eine solche Bewertung hat wenig mit marxistischer Analyse der Triebkräfte eines solchen Konflikts zu tun, eher aber mit einem oberlehrerhaften Verhalten, das bei sich zankenden Schuljungen nur fragt, wer zuerst gehauen hat und dann die ganze Klasse in Engel und Bengel einteilt.

Wir haben es als Marxisten und als bedingungslose Verfechter einer echten Arbeiterdemokratie auf der ganzen Welt nicht nötig, uns den (Rechtfertigungs-)Kopf der einen oder der anderen bürokratischen Clique zu zerbrechen. Denn beide Seiten verhalten sich engstirnig, bürokratisch und nationalistisch, um ihre materiellen Privilegien zu verteidigen und auszubauen.

Solche zynischen und rücksichtslosen Manöver schaden nicht nur der sozialistischen Idee insgesamt, sie schaden in erster Linie der unmittelbar betroffenen Bevölkerung, die unter dem Krieg zu leiden hat.

Die Außenpolitik eines Staates ist stets eine Widerspiegelung seiner Innenpolitik. Der Krieg ist eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Insofern läßt das Verhalten all dieser Bürokraten erkennen, wie weit diese Staaten von einer echten sozialistischen Demokratie entfernt sind. Während die Führungsschicht dieser Länder sich in Taten und Worten viel eher an die jahrhundertelange Tradition von nationalen Kaiserdynastien und Herrschern anlehnt als am Marx'schen Internationalismus der Arbeiterbewegung, haben die Arbeiter und Bauern aller Länder der Erde gemeinsame Klasseninteressen. Doch um diese voll zum Ausdruck zu bringen, wird es notwendig sein, die herrschenden Bürokraten zu stürzen und eine echte Arbeiterdemokratie zu errichten, in der die Macht wirklich demokratisch in den Händen der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit liegt. Durch einen freiwilligen sozialistischen Zusammenschluß demokratischer Arbeiterstaaten könnten die überholten Staatsgrenzen niedergedrückt und die Wirtschaft auf internationaler Ebene geplant und koordiniert werden. Ohne Arbeiterdemokratie in Ost und West werden sonst auch weiterhin solche Konflikte und begrenzte Kriege auf der Tagesordnung stehen.\*

## ALTE KONFLIKTE

Nach dem endgültigen Sieg über die USA kamen die alten nationalistischen Konflikte zwischen den Bürokraten wieder sehr rasch zum Vorschein. China wollte sich eine Vormachtstellung in ganz Indochina sichern, Kambodscha versuchte, die chinesische gegen die vietnamesische Bürokratie auszuspielen, Vietnam schlug sich auf die Seite der russischen Bürokratie. Schon 1974 hatten chinesische Truppen die Paracel-Inseln vor der vietnamesischen Küste im Südchinesischen Meer besetzt - eine Inselgruppe, die für die Erdölförderung aus dem Meer wichtig ist. Daraufhin begann das vietnamesische Regime als Vergeltung, die chinesische Bevölkerungsminderheiten zu diskriminieren. Die Chinesen in Vietnam waren vielfach ähnlich wie die Juden im Vorkriegsdeutschland - Kaufleute, ihr Besitz wurde beschlagnahmt, und es setzte eine große Fluchtbewegung nach China ein, wobei auch viele dieser Chinesen auf den sogenannten "Flüchtlingsschiffen" hilflos im südchinesischen Meer umkamen.

Dies wiederum lieferte für die chinesische Bürokratie den Vorwand, die Wirtschaftshilfe an Vietnam einzustellen und nach Vietnam entsandten Techniker und Ingenieure zurückzurufen. Sie taten dasselbe, was über 15 Jahre zuvor die Sowjetunion für ihre nach China entsandten Techniker anordnete: Produktionspläne und Zeichnungen wurden zerstört, halbfertige Fabriken und Maschinen wurden zurückgelassen, freigegeben zum Verfall.

Auch zwischen Vietnam und China gibt es ebenso engstirnige Streitigkeiten um Grenzgebiete wie zwischen China und der UdSSR. China hat schon öfters Anspruch auf nordvietnamesisches Territorium erhoben, die der chinesische Tsching Kaiser im Jahre 1789 nach einem

# STAHLARBEITER FORDERN KONSEQUENZEN

Die Stahlarbeiter fordern Konsequenzen. Nachdem sie ihr Streikziel, den Einstieg in die 35-Stunden-Woche, nicht erreicht haben, wird erhebliche Kritik an der Streiktaktik und an der Politik der IG-Metall Führung laut. Die Lawine kam ins Rollen, als der Vertrauenskörper der IG-Metall in dem Werk Phönix (Hösch-Dortmund) in einer am 26.1.79 mit Mehrheit verabschiedeten Resolution personelle Konsequenzen forderte. Andere Betriebe (wie Thyssen in Duisburg-Hamborn und Mannesmann in Duisburg-Huckingen) haben mit ähnlichen Resolutionen inzwischen nachgezogen.

Die IG-Metall-Führung versucht die geäußerte Kritik herunterzuspielen und zu unterdrücken. Sie organisierte sofort bei ihr loyal gegenüberstehenden Betriebsräten Solidaritätserklärungen. So stellten sich in einer Erklärung Bochumer Betriebsräte und Vertrauenskörperleitungen hinter Kurt Herb (den IGM-Bezirksleiter von Essen), der am meisten unter Beschuß stand. Wenn man (wie die Kritiker des Stahlabschlusses) das demokratische Recht wahrnimmt, in einer demokratischen Organisation Kritik zu äußern, damit dies in Zukunft durch eine bessere Politik gestärkt wird, sehen dies die Urheber dieser Erklärung so: "In unzumutbarer Weise maßen es sich zerstörende Kräfte an, demokratische Strukturen unserer Gewerkschaft in Frage zu stellen. Alle Dozenten des IGM-Bildungszentrums Sprockhövel mußten Erklärungen unterschreiben, in denen sie verpflichtet wurden, die Ergebnisse der Tarifrunde (mit ihrer Zementierung der 40-Stunden-Woche bis 1983) auf Schulungen "positiv" darzustellen. Einige der profiliertesten Kritiker des Abschlusses (wie der Betriebsratsvorsitzende Herbert Knapp von Mannesmann-Huckingen) erhielten Einladungen zu einem "persönlichen Gespräch" nach Frankfurt bei Eugen Loderer.

Sicherlich werden diese Manöver die Kritik nicht zum Schweigen bringen. Bestimmt wird der Kampf für mehr innergewerkschaftliche Demokratie und für mehr Kontrolle über die Funktionäre durch die Basis deswegen nicht aufhören.

Wir drucken im folgenden eine Resolution ab, die einstimmig verabschiedet wurde und nicht nur personelle, sondern auch wichtige politische Konsequenzen zur Debatte stellt:

## Resolution

des IG Metall Vertrauenskörpers der MANNESMANN AG HÜTTENWERKE Duisburg-Huckingen vom 15. Februar 1979

„Entweder die oder wir“ - Unter dieser Losung waren wir, die Vertrauensleute von Mannesmann-Huckingen, am 28.11.1978 in einem langen Arbeitskampf zur Einführung der 35-Stunden-Woche gegangen. Am 24.11.1978 hatten wir kurz vor Beginn des Arbeitskampfes in einer dem Kollegen Herb überreichten Resolution noch einmal klar herausgestellt, daß es für uns in dieser Frage keine Kompromisse geben könne, zumal wir bereits selbst seit längerem für die Forderung nach der 32-Stunden-Woche

eintreten. Denn wir wissen wie auch die Kollegen Herb, Janßen und Loderer, daß ohne eine spürbare Umverteilung der Arbeit in den Stahlbetrieben auf mehr Köpfe in den nächsten Jahren jeder Vierte von uns seinen Arbeitsplatz verlieren wird. Gerade Kurt Herb hatte im Herbst in einer Sitzung der Großen Tarifkommission von einer sich anbahnenden sozialen Katastrophe gesprochen.

Der Verlauf des Arbeitskampfes hat uns schließlich in unserer Auffassung bestärkt. Mit Kapitalgebern, die Aussperrung, Mitbestimmungsklage und völlige Unnachgiebigkeit praktizieren, ihre "lieben Belegschaftsmitglieder" bedenkenlos auf die Straße setzen und rücksichtslos auch gegen unsere gewerkschaftliche Organisation vorgehen, kann es keine part-



nerschaftliche Politik geben. In diesem Arbeitskampf ist uns eine Lektion erteilt worden. Die Mitglieder der Großen Tarifkommission, darunter die Bezirksleiter der vier Tarifbezirke, im Einvernehmen mit den Kollegen Janßen, Mayr und Loderer, haben durch Mehrheitsbeschluß mitten im Arbeitskampf das ursprüngliche Streikziel fallengelassen.

Entgegen allen Beteuerungen der Kollegen Herb, Janßen und Loderer können wir nur eines feststellen: Die Zustimmung der IG Metall zu Freischichten für nur einen Teil der Belegschaften, zu Urlaub, zur Festschreibung der 40-Stunden-Woche wie zur 5-jährigen Laufzeit des Vertrages, sind die Bedingungen dafür, daß die Kapitalgeber in den nächsten Jahren die angekündigte Arbeitsplatzvernichtung ungehindert werden durchsetzen können. Dieser Abschluß ist darüber hinaus ein unsolidarischer Akt gegenüber allen anderen Gewerkschaften des DGB, die einen wegweisenden Schritt für ihre eigene Tarifpolitik erhofft hatten und ihn auch nötig brauchen.

Wir waren kampfbereit bis zur letzten Minute, und unser Streik begann Wirkung zu zeigen. Wenn sich die Kollegen Herb, Janßen und Loderer in der Öffentlichkeit zu diesem Abschluß bekennen und ihn als Einstieg verkaufen wollen, dann machen sie uns unmißverständlich deutlich, daß sie schwach sind. Sie haben nicht nur eine Niederlage im Arbeitskampf zu verantworten, sondern mit ihrer Interpretation des Ergebnisses tragen sie Verwirrung in die Reihen der Organisation und der DGB Gewerkschaften.

Wir teilen allerdings nicht die Position der Kollegen, die von Verrat sprechen. Wir stellen des-

halb folgende Forderungen auf, die auch in Anträgen der Vertrauenskörper von Hösch-Phönix und Westfalenhütte zum Ausdruck gebracht wurden: Kollege Herb muß zurücktreten, aufgrund seiner offensichtlichen Unfähigkeit, einen Arbeitskampf erfolgreich zu Ende zu führen. Unsere Kritik an den Kollegen Janßen, Mayr und Loderer wird zwar erst auf dem Gewerkschaftstag Konsequenzen finden können, wir sagen aber schon heute, daß alle drei Kollegen für eine Wiederwahl unsere Stimme nicht erhalten werden.

Außerdem müssen wir uns folgenden Überlegungen zuwenden:

1. Konsequenzen für die Tarifkommission
  - Änderung in der Zusammensetzung der Großen Tarifkommission (Schlüssel der Vertretung/Anteil der hauptamtlichen Funktionäre/Art der delegierenden Betriebe)
  - Protokolle über Sitzungen der Großen Tarifkommission
  - Öffentlichkeit für IG Metall-Mitglieder
  - namentliche Abstimmung
  - gebundenes Mandat
2. Satzungsänderungen
  - Änderung der Bestimmung über Mehrheit bei Urabstimmung
  - Umwandlung der Funktion des Bezirksleiters in ein Wahlmandat.
3. Aber damit alleine machen wir noch keine konsequentere Gewerkschaftspolitik. Die Organisation muß auf die Betriebsräte Einfluß nehmen, die Durchführung folgender gewerkschaftlicher Ziele anzustreben. Wir fragen:
  - Wird überall mit dem Abbau von Mehrarbeit ernstgemacht? Werden die Möglichkeiten des BetrVG bei

Kündigungen wahrgenommen?  
 -Wird überall für die Aufstockung der Ist-Belegschaftszahlen an die Soll-Belegschaftszahlen eingetreten?  
 -Werden die Soll-Belegschaftszahlen überprüft?  
 -Wird versucht, die materiellen Ergebnisse des Abschlusses doch noch irgendwie in arbeitsplatzsichernde Maßnahmen umzuwandeln?  
 -Wird überall versucht, möglichst leicht vielen jungen Menschen Ausbildungsplätze zu verschaffen und dann auch für deren Übernahme in den Beruf einzutreten?  
 -Wird in den Betrieben darüber diskutiert, wie auf Betriebsebene der Rationalisierungsschutz ausgedehnt werden kann?

4. Wir wissen aber auch, daß selbst die weitestgehende Durchführung aller aufgeworfenen Fragen keine Maßnahme gegen die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen ist, sondern nur ein unvollkommenes, wenngleich in vielen Einzelfällen durchaus wirksames Instrumentarium darstellt. Deshalb fragen wir danach, in welche Zielperspektive unsere tägliche Auseinandersetzung eingebunden sein muß, wenn wir nicht noch ein Leben lang immer wieder aufs Neue den Strategien der Kapitaleigner und ihren unmenschlichen Auswirkungen hinterherlaufen wollen. -Müssen wir nicht endlich sogenannte Naturgesetzmäßigkeiten in Frage stellen? Sinkendes Einkommen, geringe Bildung, Nacharbeit, hohe Unfallraten, Krebs, Frühinvalidität, Arbeit bis zum Umfallen, sinkende Lebenserwartung - muß das sein? Ist das unser natürliches Arbeitsleben?

-Müssen wir nicht schon wieder - wie schon eine Generation vor uns - die Frage stellen: Wer produziert zu wessen Nutzen, und daraus den Schluß ziehen, daß wir die Diskussion über die Sozialisierung der großen Industrie auf die Tagesordnung setzen?  
 -Müssen wir nicht gegen die uneingeschränkte Verfügung der Kapitaleigner über den technischen Fortschritt, Investition, Produktion, ihr Tempo, ihre Richtung, Strategien und Forderungen entwickeln, die darauf abzielen, daß wir selbst Herr über die Produktion werden? In diesem Sinne ist die Forderung nach personellen Konsequenzen ein wichtiger Schritt. Wir begreifen sie als den Beginn einer intensiven Diskussion in den Belegschaften über neue Wege und Ziele der Politik unserer Organisation. \*

## Verhindert IG Chemie-Satzungsänderung!

Wenn die Mitglieder der IG Chemie nicht aufpassen, dann wird der Gewerkschaftsvorstand eine der zweifelhaftesten und undemokratischsten Satzungsänderungen durchführen, die es jemals in der Gewerkschaftsgeschichte gab. Der Änderungsvorschlag, der vom IG-Chemie-Hauptvorstand am 9. Februar beschlossen wurde, lautet sinngemäß:

- \* in allen Betrieben sind gewerkschaftliche Vertrauensleute zu wählen oder durch den Verwaltungsstellen-Vorstand zu berufen.
- \* gewählte Kollegen bedürfen der Bestätigung durch den Verwaltungsstellen-Vorstand.

Diesen Änderungsvorschlag möchte der Vorstand nicht einmal dem höchsten Gremium der IG-Chemie, dem Gewerkschaftstag, vorlegen, stattdessen soll er im Eilverfahren auf einer Tagung des Beirats (dem höchsten Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen) am 5. April durchgepeitscht werden. Sollte dieser Vorschlag Satzungs-wirklichkeit werden, dann wird eine demokratische Willensbildung in der IG-Chemie in Zukunft unmöglich werden:

- > dann können kritische und kämpferische Vertrauensleute, die dem Verwaltungsstellen-Vorstand nicht genehm sind, wieder abgesetzt werden, selbst wenn sie von ihren Kollegen mit Mehrheit gewählt sind.
- > Es wird in der Allmacht der Vorstände liegen, ob überhaupt noch Wahlen stattfinden.
- > Letztlich kann ein Ortsverwaltungsstellen-Vorstand dann die

Delegierten aussuchen, die ihn selbst zu wählen haben (denn diese Delegierten werden aus den Reihen der Vertrauensleutkörper gewählt). Deshalb ist der härteste Widerstand aller IG-Chemie Mitglieder gegen diese haarsträubenden Vorschläge notwendig!

Wovor hat der Hauptvorstand der IG-Chemie eigentlich Angst? Vor demokratischen Wahlen durch die Mitglieder? Fürchtet er die Kritik von der Basis, die einmal mit seiner Politik unzufrieden sein könnte? Will er solchen Entwicklungen einen Riegel vorschieben, wie sie jetzt in der IG-Metall nach dem Stahlstreik ablaufen und wo die Unzufriedenheit der Mitglieder sogar zu Forderungen nach Absetzung einzelner Spitzenfunktionäre geführt hat?

- Die Änderungsbestrebungen des Vorstandes müssen von den Mitgliedern auf dem nächsten Gewerkschaftstag abgeschmettert werden, die jedoch gleichzeitig weitere demokratische Rechte fordern und durchsetzen sollten, damit sie ihre Vertreter an der Spitze kontrollieren können:
- \* die direkte Wahl für alle Positionen (auch hauptamtliche) durch die Basis
- \* die Möglichkeit der direkten Abwählbarkeit einmal gewählter Vertreter durch die Basis
- \* nur einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn für die hauptamtlichen Funktionäre
- \* die regelmäßige Rechenschaftspflicht aller Vertreter der Gewerkschaft auf allen Ebenen.\*

Detlev Tausch

## Arbeitsplatzabbau bei HDW akzeptiert

Im September 1978 legte der Vorstand der Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) dem Betriebsrat ein "Konzept über eine Neustrukturierung" der HDW vor. Dieses Konzept sah vor, daß ca. 2.000 Arbeiter entlassen werden, 2 Werke geschlossen werden und der Handelsschiffsneubau in Hamburg ganz eingestellt wird. Nach anfänglichen Protestaktionen der IG-Metall und Verhandlungen zwischen Betriebsrat, Stadt und Land ist nun die Entscheidung über das Schicksal der HDW gefallen.

Zwei Werke werden geschlossen, der Schiffsneubau bleibt in Hamburg. Das bedeutet; insgesamt fallen 1.800 Arbeitsplätze weg, 700 in Hamburg und 480 in Kiel. Aus dieser Vereinbarung geht hervor, daß das Werk Reiherstieg dicht gemacht wird. Diese Tatsache wird aber im Info des Betriebsrates nicht erwähnt und in der Presse bei Interviews mit den gewählten Vertretern der Arbeiterschaft ganz bewußt vertuscht, bzw. wird es als großer Erfolg gewertet, daß nicht 1500 Mann in Hamburg entlassen werden, sondern "nur noch" 700 (!).

Merkwürdigerweise ist gerade diese Zahl die Zahl der Arbeitsplätze auf dem Reiherstieg. Aber es regt sich scheinbar keiner mehr darüber auf, daß 700 Arbeitsplätze wegfallen werden, da das

ja sehr viel weniger sind, als der Vorstand der HDW geplant hat. Und in dieser Situation verhandeln momentan der Betriebsrat und der Vorstand über Kurzarbeit in drei großen Bereichen des Werkes Ross. Wie kann das gerechtfertigt werden? Im Anhang dieser Betriebsvereinbarung findet man auch noch die zukünftigen Produktionsziele formuliert:

- Schiffsbau unabhängige Fertigung
- Handelsschiffsneubau
- Schiffsreparatur
- Maschinenbau und Nebenfertigung.

Das Ziel ist: Fertigung in diesen Bereichen mit einem Gesamtvolumen von 4,1 Mio. Fertigungstunden. Wobei das gesamte Werk Ross modernisiert wird (Kosten: DM. 70-73 Mio.) und der Reiherstieg abgebaut wird. Den Bau von neuen Kaianlagen übernimmt die Stadt Hamburg.

Und das alles wird von Staatsgeldern bezahlt! Ist es dann nicht berechtigt zu fragen, wo die Umsatzsteigerung von 21 % auf 1,5 Milliarden Mark geblieben ist? Ist es dann nicht auch berechtigt, wenn Arbeiter die Offenlegung der Bücher verlangen?

Was soll nun die nächsten Jahre laufen? Dem "Interessensausgleich" zufolge sollen die genannten Entlassungen auf die näch-

sten 3 Jahre verteilt werden. Dadurch kann ein gewisser Teil der Arbeiter über den Sozialplan ausscheiden, wobei diese freigewordenen Arbeitsplätze nicht neu besetzt werden. Aber was kommt in 3 Jahren? Der Arbeitsplatzabbau wird sich sicherlich nach diesen 3 Jahren fortsetzen ...

Fast 700 Arbeiter müssen das Werk Reiherstieg verlassen. Und es sind nicht nur die Arbeiter, die zum Ross "verschleppt" werden, sondern auch alle Maschinen und 2 Docks kommen zum Ross. Dann wird der Reiherstieg, wie ein Friedhof, brach im Hamburger Hafen liegen. Wie man nun Arbeiter, Maschinen und Docks auf dem Ross einsetzen will, wenn man sich in 3 großen Bereichen für Kurzarbeit aussprechen will, diese Frage kann wohl keiner beantworten. Aber sie ist nicht die einzige Frage!! In Bezug auf die künftigen Perspektiven können die Bosse keine Antwort geben. Und die IGM und der Betriebsrat sind auch sehr verlegen um eine Antwort auf gezielte Fragen der Arbeiter.

Wenn dieser "Interessensausgleich" alles ist, was aus den Streiks und Massendemonstrationen der IGM geworden ist - was werden die Werftarbeiter darüber denken? Werden sie daraus ihre Konsequenzen ziehen? Werden sie eine Demokratisierung und eine neue Führung in der IGM fordern, so wie es die Kollegen in NRW nach dem Stahlstreik auch taten? Ich hoffe, das bleibt kein Einzelfall und erreicht auch die Hamburger Kollegen.\*

Axel Hausmann, ehemaliger HDW-Beschäftigter, IG Metall-Mitglied

Wie steht der Parteivorstand zu den Vorschlägen?



## Gegen Ämterhäufung in SPD und DGB

Forts. von Seite 1

Die Forderungen des Papiers sollten von allen SPD-Mitgliedern unbedingt und bedingungslos unterstützt werden. Sie sind ein erster Schritt in die Richtung einer innerparteilichen Demokratisierung und der Zurückdrängung eines schwerfälligen Apparates, der in der Vergangenheit oftmals kritische Meinungen unterdrückt und politische Veränderungen blockiert hat.

Die von dem "Düsseldorfer Papier" angestrebte Selbstreinigung der SPD kann der Partei keinerlei Schaden zufügen. Im Gegenteil: vielen Arbeitern und Angestellten, die Stammwähler unserer Partei sind, war die Ämterhäufung sozialdemokratischer Berufspolitiker schon lange ein Dorn im Auge. Deswegen kann die SPD nur wieder an verlorenen Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sie sich von innen her reformiert und gegen diese Mißstände in den eigenen Reihen selbst vorgeht.

Doch die Maßnahmen, die das Papier vorschlägt, gehen noch längst nicht bis zum konsequenten Ende. Dreierlei sehr wichtige Aspekte von "Ämterhäufung" hat das Papier noch gänzlich ausgeklammert.

1.) Die Ämterverknüpfung zwischen SPD und DGB. Damit soll nicht gesagt sein, daß SPD-Funktionäre keine Gewerkschaftsposten mehr bekleiden dürfen. Natürlich hat jeder das Recht, im DGB für Funktionen zu kandidieren und sich wählen zu lassen.

Eine enge Verflechtung und Zusammenarbeit zwischen SPD und DGB ist sogar unbedingt notwendig und zu begrüßen! Doch wie oft kommt es vor, daß Multifunktionäre ihre verschiedenen Posten gar nicht mehr voll und ganz mit praktischer Arbeit ausfüllen können! Wie oft kommt es vor, daß manche Funktionsträger nur einen leeren Titel tragen und an praktischen Aktivitäten kaum noch teilnehmen können, weil sie von einer Sitzung zur anderen rennen! Und wie vielen willigen Genossen an der Basis wird eine fruchtbare Aktivität in Vorstandsämtern verwehrt, weil die entsprechenden Funktionen bereits von überlasteten Multifunktionären besetzt sind? Ist es eigentlich noch menschenmöglich, daß beispielsweise jemand wie der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter, der im SPD-Gewerkschaftsbeirat tätig ist und ca. ein Dutzend Aufsichtsratsmandate innehat, auch noch zusätzlich - wie geplant - ein Europaparlamentsmandat wahrnehmen kann? Kann er überhaupt seine bisherigen Funktionen voll und ganz ausfüllen? Unsere Kritik an Ämterhäufung zwischen SPD und DGB ist solidarisch und ehrlich gemeint. Im Gegensatz dazu will die CDU aus den Gewerkschaften unparteiische, neutrale, kraftlose Papiertiger machen. Wir wollen die Partei und den DGB stärken - die Konservativen wollen ihn schwächen. Aber SPD und DGB würden durch einen Abbau

an übertriebener Ämterhäufung keine so große Angriffsfläche mehr bieten gegen die Demagogie von Leuten wie dem ehemaligen Waschmittelmanager Kurt Biedenkopf (CDU), der dieses Thema 1976 zu einem Schwerpunkt des Wahlkampfes im Ruhrgebiet machte. Glücklicherweise stieß dieser feine Herr damals unter den Arbeitern und Angestellten nicht auf das von ihm gewünschte Echo - wegen seiner eigenen "Verfälschung" mit dem Großkapital!

2.) Ebenfalls nicht angesprochen ist in dem Papier die Verflechtung zwischen SPD-Mandats-trägern und der privaten Wirtschaft. (vor allem über Aufsichtsratsmandate und Vorstandsposten) Wenn es dann zu Interessenkonflikten zwischen Arbeit und Kapital kommt, stehen viele Mandatsträger so auf der Seite des Kapitals, anstatt auf der Seite der Arbeiter und Angestellten. Wohl gemerkt: Wir sind nicht dagegen, daß z.B. SPD-Mitglieder auch Aufsichtsratsposten bekleiden. In diesen Positionen sollten sie allerdings in kämpferischer Weise die Interessen der Lohnabhängigen verteidigen. Doch wie oft läuft es eigentlich nicht genau umgekehrt? Wie viele Spitzenfunktionäre sind eigentlich noch nicht zu weit von der Basis abgehoben, als daß sie wissen könnten wie dort gefühlt und gedacht wird? Wie viele SPD-Vertreter in Aufsichtsräten haben nicht schon voll und ganz die Argumente und die Ideologie des Kapitals übernommen und vertreten diese dann innerhalb der Partei?

3.) Die materielle Grundlage für die abgehobene Funktion vieler Mandatsträger wird in dem Papier nur indirekt angesprochen ("billiger Hausbrand", "Strom zum Mitarbeiterpreis"). Materi-

elle und finanzielle Privilegien, die sich direkt aus gewissen Ämtern ergeben, wurden in dem Papier scheinbar vergessen (wie z.B. die hohen Gehälter von Hauptamtlichen - wie hoch sind sie eigentlich? - ; die hohen Diäten von Abgeordneten; die Dienstwagen, die auch für private Urlaubsreisen benutzt werden). Erst kürzlich einigte sich der Innenausschuß des Bundestages mit den Stimmen der SPD darauf, daß die Grunddiäten der Europaparlamentsabgeordneten genau so hoch wie die der MdB's sein sollen: satte DM. 7.500,-! (Für diese Mandate kandidierten einige hochbezahlte Gewerkschaftsfunktionäre).

Die marxistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung hatten schon seit jeher eine klare Einstellung zu dem Problem der Kontrolle der Funktionäre durch die Basis:

\*kein Mandatsträger einer Arbeiterpartei oder einer Gewerkschaft darf nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn erhalten!  
\*Alle Funktionäre müssen wählbar sein. Jeder kann auch jederzeit wieder abgewählt werden von der Mehrheit des Gremiums, das ihn gewählt hat!

Für jeden aufrichtigen Sozialisten sollte deshalb der britische Europakandidat der Labour Party für Liverpool, Terry Harrison, ein Vorbild sein; dieser Genosse hat nämlich klargestellt:

\*daß er sich voll und ganz für das Recht auf Wählbarkeit von Parlamentsabgeordneten einsetzt  
\*daß er sich einer vollständigen Rechenschaftspflicht über seine

Tätigkeit gegenüber der Parteibasis unterwerfen wird.

\*daß er seine privaten Finanzen vollständig offenlegen und diese jeder Zeit einer kritischen Untersuchung unterwerfen wird.

\*und daß er alle seine Einnahmen, die einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn übersteigen, an Organisationen der Arbeiterbewegung abführen wird.

In den nächsten Wochen und Monaten wird es darauf ankommen, daß die Vorschläge und Forderungen des "Leverkusener Kreises" in möglichst vielen Gliederungen der Partei im Bundesgebiet aufgegriffen und ohne Abstriche beschlossen werden. Es wird hauptsächlich an den Juso-AGs liegen, in Ortsvereinen Kreisverbänden, Unterbezirken und Bezirken dafür die Initiative zu ergreifen. Darüber hinaus sollten auch weitergehende Maßnahmen (wie die grundsätzliche Forderung nach durchschnittlichem Facharbeiterlohn für alle Funktions- und Mandatsträger) in die Diskussion und in die Beschlüsse eingebaut werden. Auf der Grundlage einer solchen Kampagne, abgesichert durch viele Beschlüsse an der Basis, könnten diese Vorstellungen auf dem Berliner SPD-Bundesparteitag Ende 1979 eine breite Mehrheit finden.

◇ Unterstützt die Forderungen des Leverkusener Kreises und beschließt entsprechende Anträge

◇ Baut in die entsprechenden Beschlüsse auch Eure eigenen, weitergehenden Vorstellungen und Forderungen ein!\*

Angela Bankert, Juso-UB-Vorstandsmitglied Remscheid

# KÖLN: ERFOLG GEGEN RATIONALISIERUNG

Nachdem die große Wachstumsphase in der Wirtschaft der Bundesrepublik vorüber ist, versuchen die Unternehmer ihre Profite auf Kosten der Arbeiter und Angestellten zu steigern; sie rationalisieren Dies führt zu schlechteren Arbeitsbedingungen und geringeren Löhnen. Von dieser Entwicklung sind jedoch nicht nur die privaten Unternehmen, sondern auch in zunehmendem Maße die öffentlichen Unternehmen betroffen. Ein Beispiel sind die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke Köln AG (GEW).

Anfang September 78 wurde der Betriebsrat von aktiven Vertrauensleuten der ÖTV über bevorstehende Änderungen im Bereich der Rohrleger informiert. Bisher wurden die Rohrleger von den Betriebsstellen mit einem Kleinbus zu ihren Baustellen gefahren. Die Absperrungen und das Arbeitsmaterial wurden mit einem LKW transportiert. Durch eine Organisationsänderung sollten in Zukunft auch die

Kollegen Rohrleger auf der Ladefläche der LKW's transportiert werden.

Der Betriebsrat protestierte sofort scharf bei der Geschäftsleitung und machte seine gesetzlichen Rechte geltend. Aufgrund dessen wurde erst einmal der Termin zur Durchführung der Aktion verschoben.

Nach einer Woche fand ein Gespräch zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung statt, an dem auch die Abteilungsleiter der Rohrleger und des Fahrbetriebs teilnahmen. Etwa eine Stunde lang erläuterten die Vertreter des Arbeitgebers die bessere Auslastung der Fahrzeuge und die Transportweise des Materials. Erst auf den Hinweis des Betriebsrates, daß an dieser Aktion auch Menschen beteiligt sind, wurde auch über die Arbeitnehmersache gesprochen. Die Arbeitgeberseite erklärte, daß sie in dieser Transportweise ebenfalls eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sehe, aber man wolle

diese Transportart ja nur ein halbes Jahr "testen", um anschließend die optimalen Fahrzeuge zu kaufen. Der Betriebsrat protestierte schärfstens gegen die Verwendung der Kollegen als "Testmaterial" und verwies auf die Wetterverhältnisse in den bevorstehenden Wintermonaten. Hierauf erklärte die Arbeitgeberseite, daß ein Test immer unter den härtesten Bedingungen durchgeführt werde. Auch der Werksarzt hielt diese Arbeitsbedingungen mit dem Gesetz vereinbar. Der Arbeitgeber setzte nun den Termin zur Durchführung auf den 2. Oktober fest.

Der Betriebsrat informierte die Vertrauensleute im betreffenden Bereich über die Lage. Am 2. Oktober gingen zwei Betriebsratsmitglieder zu den Kollegen des Rohrlegerbereichs und erläuterten ihnen die gesetzlichen Grenzen über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

Anschließend diskutierten die Kollegen mit den Betriebsräten

über gewerkschaftliche Möglichkeiten und deren Konsequenzen. Es wurde der einstimmige Beschluß gefaßt: "Keine Arbeitsaufnahme unter diesen Bedingungen."

Nach kurzer Zeit erschienen die Abteilungsleiter der Rohrleger und der Personalabteilung. Daraufhin riefen die Kollegen alle erreichbaren Betriebsräte herbei. Die Arbeitgebervertreter drohten allen 40 Kollegen mit der fristlosen Kündigung, wenn innerhalb einer Viertelstunde die Arbeit nicht aufgenommen würde und verließen den Raum.

Der Vertrauensmann forderte die Kollegen auf, standhaft zu bleiben, und die Betriebsräte erklärten für den Fall der Kündigung, würden auch sie ihre Kündigung verlangen. Des weiteren informierte der Betriebsrat andere Bereiche im Werk und die Kreisverwaltung der Gewerkschaft ÖTV über die entstandene Lage.

Innerhalb kurzer Zeit kam ein Sekretär der ÖTV, der zugleich

Aufsichtsratsmitglied der GEW ist, und forderte die Kollegen auf, keine Kompromisse einzugehen und auf ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen bestehen.

Nach etwa drei Stunden erschien der Arbeitsdirektor mit weiteren Abteilungsleitern. Aber auch die Taktik dieser Herren, einen Keil zwischen die Kollegen, den Betriebsrat und die Gewerkschaft zu treiben, schlug fehl. Die Kollegen bestanden auf der Beibehaltung ihrer Arbeitsbedingungen.

Nach einer Beratung von einer Stunde erklärte die Arbeitgeberseite, daß die derzeitigen Bedingungen bestehen bleiben.

Dies ist ein Beispiel, an dem deutlich wird, daß durch ein solidarisches Handeln von Beschäftigten, Betriebsräten und der Gewerkschaft eine Rationalisierung, die sich gegen die Beschäftigten auswirkt, verhindert werden kann.\*

Von MANFRED HÜRTEN, Betriebsrat bei den GEW Köln AG

### BRITISCHER JUSO-KONGRESS:

## EINLADUNG NACH ENGLAND

Wer hat Interesse, die britische Juso-Konferenz in Blackpool zu besuchen, die vom 13. - 16. April 79 stattfindet? Wer möchte sich aus erster Hand über die politische Situation in Großbritannien informieren? Wer will eine Alternative zur kriselnden Juso-Organisation hierzulande kennenlernen?

Wer will sehen, wie eine sozialistische Jugendorganisation arbeitet, die größtenteils aus Jungarbeitern und Lehrlingen besteht? Wer will wissen, wie diese Jugendorganisation - die Labour Party Young Socialists (LPYS) - gegen den härtesten Widerstand der Partei-Rechten aufgebaut wurde? Nun - wer hat Lust mitzufahren?

Die Redaktion VORAN organisiert eine Fahrt. Es sind noch einige Plätze frei. Für Übersetzer wird gesorgt.

Anmeldung: umgehenst an Redaktion VORAN Hammesbergerstr. 75, 563 Remscheid, Tel. 02191-81264.

Anmeldeschluß: Montag, 26. März 1979  
Anmeldegebühr: 20 DM als Vorschuß für die Unterkunftskosten, zahlbar bei der Anmeldung

Kosten: 3 Übernachtungen mit Frühstück ca. 70 DM (ohne Frühstück ca. 50 DM).

Konferenzort: Blackpool, Winter Gardens (Stadtmitte)

Konferenzbeginn: Karfreitag, 13. April 79, 19.00 abends

Konferenzende: Ostermontag, 16. April 79, ca. 16.00 Uhr

Überfahrt: Entweder selbst organisieren (Eisenbahn oder sonstwie) oder Mitfahrgelegenheit über die Redaktion.\*

## ABONNIERT VORAN

○ ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto Hans Gerd Olinger, Postscheckamt Essen Nr. 170-20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

○ ICH MÖCHTE WEITERES INFOMATERIAL

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75